

(Beginn: 15:47 Uhr - Ende: 19:27 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 31. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und Sie natürlich, die Mitglieder des Rates, ganz besonders.

Begrüßen möchte ich auch Herrn Dr. Walter Schulz, den wir gleich als neues Ratsmitglied verpflichten werden.

Eine besondere Ehre für uns alle ist, dass auch sein Bruder, Herr Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, hier im Ratssaal anwesend ist und die Ernennung seines Bruders begleiten möchte. Ich darf mich an dieser Stelle noch einmal im Namen aller Anwesenden für die beeindruckende Rede, die Sie im Hansasaal gehalten haben, bedanken.

(Beifall)

Begrüßen möchte ich auch unseren Herrn Beigeordneten Streitberger, der es sich hat nicht nehmen lassen, seinen 63. Geburtstag im Rahmen unserer Sitzung zu feiern. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall)

Auf Ihren Tischen finden Sie heute zusätzlich Informationen über das China-Jahr, darunter auch ein Veranstaltungskalender und einen Sticker. Das China-Jahr ist ja schon erfolgreich angelaufen und wird am kommenden Sonntag und an Rosenmontag einen ganz besonderen Höhepunkt finden.

Jetzt wollen wir mit unseren heutigen Beratungen beginnen. Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Thor-Geir Zimmermann heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Frebel, Frau Dr. Herbers und Herrn Thelen.

Zu Beginn unserer Sitzung möchte ich nun Herrn Dr. Walter Schulz als neues Ratsmitglied einführen. Wie Sie wissen, hat Herr Alfred Schultz sein Mandat im Dezember niedergelegt. Dr. Walter Schulz ist sein Nachfolger. Er wurde gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes als solcher benannt.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, und bitte Herrn Schulz, zu mir zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Walter Schulz, im Sinne des § 5 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall - Glückwünsche)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet.

Die FDP-Fraktion hat am 8. Februar fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zur Verschiebung der Haushaltsverabschiedung und der drohenden städtischen Haushaltskrise eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln wollen.

Des Weiteren schlägt die Verwaltung die Zusetzung folgender Punkte vor - ich bitte um Aufmerksamkeit; es sind nicht so viele wie in den letzten Sitzungen -: 4.3, 4.4, 12.2, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9 und 17.10. - So weit die Zusetzungen.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 10.2 und 10.8 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1.

Ich komme zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktion Die Linke. hat am 13. Februar einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Vorläufige Haushaltsführung - Finanzierung der Freien Träger“ gestellt. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? - Bitte, Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte kurz die Dringlichkeit begründen. Wir werden gleich noch eine ausführliche Diskussion führen. Der Rat der Stadt Köln hat auf Grundlage der späten Verabschiedung des Haushalts die Mittel für die Freien Träger für das erste Quartal genehmigt. Durch Verschiebung der Haushaltsberatungen

auf den 28. Juni und der damit einhergehenden Verzögerung der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten wäre es meines Erachtens dringend erforderlich, auch die Teilpläne 2 und 3 zu genehmigen bzw. die Kämmerin formal zu bitten, entsprechend tätig zu werden. Deswegen unser Antrag. Ich glaube, es macht Sinn, so zu verfahren. Wir könnten diesen Antrag im Rahmen der Aktuellen Stunde diskutieren. Er müsste also nicht extra aufgerufen werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Gegenstimmen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir sehen die Dringlichkeit als nicht gegeben an. Deshalb schlagen wir vor, diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung zu nehmen. Aufgrund der Empfehlung des Rates an die Verwaltung erfolgen ja zurzeit Abschlagszahlungen an die Träger. In der Ratssitzung im März können wir immer noch überprüfen, wie wir weiter vorgehen. Insofern gibt es überhaupt keine Notwendigkeit, diesen Antrag als dringlich zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer gegen die Dringlichkeit dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung und zur Abstimmung über die Tagesordnung. Wer ist gegen die jetzt so festgestellte Tagesordnung? - Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln beantragt, Tagesordnungspunkt 26.2 aus dem nichtöffentlichen Teil, in dem es um den Erwerb der Liegenschaften der Savor GmbH & Co. KG geht, in den öffentlichen Teil vorzuziehen und ihn zu Beginn von Punkt 10, Allgemeine Vorlagen, zu behandeln.

Es ist ja allgemein bekannt, dass es dabei auch um die Liegenschaft der ehemaligen KHD-

Werkskantine und das Linksautonome Zentrum geht. Ich denke, dieser Punkt ist von so großem öffentlichen Interesse, dass die Öffentlichkeit transparent informiert werden sollte, welches Vorgehen geplant ist und was mit diesem Gelände zukünftig passieren soll. Ich denke auch, dass man das Thema durchaus so behandeln kann, ohne dass wirtschaftliche Interessen oder schutzbedürftige Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Da das Linksautonome Zentrum in Köln-Kalk ein großes Thema in der Stadtgesellschaft gewesen ist, beantragen wir, diesen Punkt in die öffentliche Sitzung vorzuziehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine Verschiebung in den öffentlichen Teil ist nicht zulässig, weil es sich hier um den Erwerb und die Veräußerung von Liegenschaften handelt. Deswegen ist es geboten, diesen Punkt weiterhin im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Zurück zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen gegen die soeben festgestellte Tagesordnung? - Bei Gegenstimmen der Fraktion pro Köln ist diese jetzt so festgestellt.

Wir treten nun in die heutige Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Verschiebung der Haushaltsverabschiedung auf den 26. Juni 2012 und drohende städtische Haushaltskrise mit dem Abgleiten in den Nothaushalt" AN/0178/2012

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich das Schreiben der Kämmerin zur Verschiebung des Haushaltes 2012 auf den 26. Juni dieses Jahres in den Händen hielt und in der Begründung las, was sie zu tun gedenkt, um den städtischen Haushalt wieder ins Lot zu bringen, fragte ich mich ernsthaft: Ja, sind wir denn hier in Griechenland? Ankündigungen, man wolle sparen, ersetzen kein Handeln, meine verehrte Frau Kämmerin! Das ist doch die Lehre, die wir aus der griechischen Haushaltskrise ziehen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Einfach eine fiktive Kürzung von 60 Millionen Euro in den Haushalt einzuspeisen, ohne irgendwo real eine Kürzung vorzunehmen, ist eine Luftbuchung. Keiner hier im Saal, auch der Oberbürgermeister nicht, kann sagen, wo die 60 Millionen Euro im Haushalt schlummern. Solange dieser Wert nicht mit konkreten Maßnahmen im Haushalt unterlegt ist, ist das alles wie die Ziehung der Lottozahlen, nämlich reiner Zufall.

(Beifall bei der FDP)

Dabei ist das alles eine Wiederholungstat. Bei der Einbringung des Haushaltes 2012 am 13. Oktober 2011 waren die Zahlen schon so schlecht, dass ein Haushaltssicherungskonzept drohte. Also wurden die Zahlen „parat“ gemacht. Die Kämmerin legte uns einen Beschluss des Stadtvorstandes vor, der besagt, dass man ab 2013 Maßnahmen ergreifen wolle, um das Defizit um 150 Millionen Euro zu reduzieren. Um welche Maßnahmen es sich konkret handelt, sagte sie jedoch nicht.

Genau vier Monate später liegt uns nun der erste Veränderungsnachweis zum Haushalt 2012 vor. Die Zahlen haben sich nochmals verschlechtert und führen die Stadt nun schnurstracks in die Haushaltssicherung oder gar in einen Nothaushalt, heißt es im Schreiben der Kämmerin. Ach, Sie können sich die Mühe sparen, den Nachweis genau zu studieren. Ich habe es gemacht. Den Beschluss des Stadtvorstands zur Reduzierung des Defizits werden Sie dort nicht finden. Er ist schlichtweg nicht umgesetzt worden. Der Beschluss ist auch nach vier Monaten bloße Ankündigung geblieben. Da sind wir wieder bei Griechenland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Angenommen, wirklich nur angenommen, die Troika aus IWF, Europäischer Zentralbank und der Europäischen Kommission würde sich verfliegen und nicht in Athen, sondern in Köln landen, um die Umsetzung von Konsolidierungsbeschlüssen zu kontrollieren, wir Liberale würden keine Wette abschließen, ob sie den Unterschied zwischen Athen und Köln feststellen würde, insbesondere dann nicht, wenn einem das Schreiben der Kämmerin zum ersten Veränderungsnachweis in die Hände fiel. Die Botschaft lautet da nämlich: Wir haben zwar einen Konsolidierungsbeschluss des Stadtvorstands vom September 2011, er ist aber noch nicht umgesetzt. Wir ziehen wegen noch schlechterer Haushaltslage ohne weitere

Konkretisierung einfach 60 Millionen Euro vor. Wir wissen zwar noch nicht, woher wie sie nehmen und ob und wie wir das umsetzen, aber dafür verschieben wir einfach die Haushaltsverabschiedung; denn die Hoffnung stirbt zuletzt. Da hilft wahrlich nur noch Beten, dass die Troika sich nicht verfliegt.

Die FDP-Fraktion gewinnt den Eindruck, dass dem Oberbürgermeister und seinem Stadtvorstand langsam die Muffe geht, dass mit dieser Ankündigung à la Athen ohne vorzeigbare Taten der städtische Haushalt an die Wand gefahren wird. Auf einer Klausurtagung haben sich der Oberbürgermeister und sein Stadtvorstand nun darauf verständigt, einen Fahrplan auszuarbeiten, wann sie dem Rat ihre Vorschläge zum Defizitabbau vorstellen wollen. Doch solange nicht gesagt wird, wo und wie im Haushalt eingespart werden soll, bleibt auch dies eine reine Ankündigung. Das befriedigt vielleicht SPD und Grüne im Rat, den Rest des Rates kann das jedoch wohlweislich nicht befriedigen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das war jetzt aber nicht der Rest des Rates!)

Seien wir doch mal ehrlich: Was wir in Deutschland Athen abverlangen, nämlich Taten bei der Haushaltskonsolidierung statt bloße Ankündigungen, müssen wir doch zuallererst auch uns selbst abverlangen. Da gibt Köln wahrlich ein mieses Beispiel ab.

(Beifall bei der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr aber auch!)

Damit muss jetzt Schluss sein. - Da haben Sie vollkommen recht, Frau Barbara Moritz, damit muss Schluss sein. Da machen wir gerne mit.

Die FDP-Fraktion erwartet einen mit konkreten Maßnahmen unterlegten Defizitabbau im städtischen Haushalt. Mit den bisherigen Luftbuchungen kann der Rat nicht arbeiten. Verehrter Herr Oberbürgermeister, Ihr Stadtvorstand ist in der Bringschuld. Machen Sie Ihre Arbeit! Legen Sie einen verabschiedungsfähigen Haushalt vor! Lassen Sie endlich nach vier - ich betone: vier - Monaten der Haushaltseinbringung den Worten Taten folgen! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Klug hatte sich gemeldet. Bitte schön.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen wir die Kirche im Dorf! Schauen wir uns an, was sich entwickelt hat und was eigentlich passiert ist. Wir haben einen Haushalt eingebracht. Wie in jedem Jahr ist der Haushalt ein dynamischer Prozess. Wir haben Veränderungen zu konstatieren, die sich nach der Haushaltseinbringung im Oktober ab November 2011 ergeben haben. Was hat der Stadtvorstand gemacht? Er hat Ihnen transparent den Veränderungsnachweis 1 vorgelegt einschließlich der Rahmenbedingungen, die zu dieser Haushaltslage geführt haben.

Die Verwaltung hat im Anschreiben zum Veränderungsnachweis 1 dargelegt, dass sich für das Haushaltsjahr 2012 zwar eine Ergebnisverbesserung - Ergebnisverbesserung! - in Höhe von 19,7 Millionen Euro, für die übrigen Jahre des Finanzplanungszeitraums aber Verschlechterungen ergeben: In 2013 sind es 59,6 Millionen Euro, in 2014 sind es 62,5 Millionen Euro, und in 2015 sind es 57,4 Millionen Euro. Diese Veränderungen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Erstens. Infolge der Anpassungen der Steuereinnahmen an die Steuerschätzung vom November 2011 und die aktuelle Entwicklung mussten wir Mindererträge in Höhe von 61 Millionen Euro in 2012 ansetzen, die bis 2015 auf 92,1 Millionen Euro steigen werden.

Zweitens. Wir haben, bedingt durch die Veränderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von circa 70 Millionen Euro jährlich zu erwarten. In 2012 verbessern sich die Schlüsselzuweisungen einmalig abrechnungsbedingt aufgrund der unterdurchschnittlichen Steuerkraftentwicklung Kölns im zugrunde zu legenden Zeitraum auf 105 Millionen Euro.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Das ist doch keine Pressekonferenz!)

Mit dem eingebrachten GFG gibt das Land den Kommunen übrigens so viel Geld wie noch nie. Gleichzeitig profitiert Köln über den aufgewerteten Zentralitätsansatz.

Drittens. Die Veränderungen auf der Ertragsseite führen insgesamt in jedem Jahr des

Finanzplanungszeitraums zu Verbesserungen. Allerdings stehen diesen Ertragsverbesserungen an anderer Stelle erhebliche Mehraufwendungen gegenüber. Diese ergeben sich aus Veränderungen bei den Personalaufwendungen. Aufgrund von Anpassungen im Bereich der Fachkräfte der Feuerwehr, im Bereich U3 sowie einer Tarifierung und sich daraus ergebenden Rückstellungen sind zum einen in den Jahren 2013 bis 2015 jeweils Mehraufwendungen zwischen 44 und 49 Millionen Euro notwendig. Zum anderen ergeben sich durch die Anmeldungen der Dezernate - auch das wird aus dem Ihnen vorliegenden Veränderungsnachweis deutlich - für alle Haushaltsjahre des Finanzplanungszeitraums Mehraufwendungen zwischen 24,1 Millionen Euro in 2012 und 20,6 Millionen Euro in 2015.

Aufgrund dieser Entwicklung bzw. wegen der zweimaligen Überschreitung der 5 Prozent Eigenkapitalentnahme in den Jahren 2014 und 2015 wäre es nach § 76 Gemeindeordnung erforderlich ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. So weit, so schlecht.

Was tun wir?

(Zurufe von der CDU: Ja?)

Natürlich sind Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu informieren, wenn sich erhebliche Änderungen in den Rahmendaten ergeben.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Vorher! Bevor die Pressekonferenz stattfindet!)

Und natürlich arbeitet der Stadtvorstand daran, den Sanierungsprozess vorzuziehen. Denn was hat sich geändert? Bereits im Herbst letzten Jahres haben wir ein Sanierungsvolumen in Höhe von 120 Millionen Euro für die Jahre bis 2015 beschlossen. Erzielt werden sollen diese Ergebnisverbesserungen in Höhe von 120 Millionen Euro durch wirkungsorientierte Aufgabenkritik und Standardreduzierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Prozess, und diesem Prozess stellen wir uns.

Wir haben uns diese Ergebnisverbesserungen vorgenommen, um zu verhindern, dass wir ein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 GO NW aufstellen müssen. Ich habe mit meinen Kolleginnen und Kollegen darüber Einigung erzielt, dass wir ein freiwilliges Sanierungskonzept aufstellen. Das bedeutet, dass wir, anders als ursprünglich geplant, bereits in den Jahren 2012 und 2013 ein erheblich höheres, nämlich ein um 15 Millionen Euro

höheres Konsolidierungsvolumen stemmen müssen. Das bedeutet aber auch, dass im Stadtvorstand der Stadt Köln die Möglichkeit bestehen muss, sich über diese geänderten Rahmenbedingungen zu verständigen und in einen wirkungsorientierten Prozess zu überführen, der nicht - und das haben der Oberbürgermeister und ich ausdrücklich bei Einbringung dieses Haushalts gesagt - diesen Haushalt in die Ecke führt.

Da hier heute jemand das Beispiel Griechenland angeführt hat, darf ich darauf hinweisen, dass zu Recht darüber gesprochen wird, wie eine Wachstumsorientierung die Konsolidierung in Griechenland begleiten kann. Genau darüber machen wir uns auch in Köln Gedanken. Das müssen wir auch tun, weil wir Verantwortung gegenüber der Wirtschaft und den sozialen und kulturellen Einrichtungen dieser Stadt tragen. Natürlich ist ein Stadtvorstand gut beraten, einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 30 Millionen Euro nicht ohne gründliche Beratung vorzuziehen. Das lässt sich nicht so einfach aus der Hüfte schießen. Ich meine, eine solche Möglichkeit muss auch und gerade hier in Köln bestehen; denn wir tragen die Verantwortung für knapp 1 Million Menschen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Mehr als 1 Million!)

- Inzwischen mehr als 1 Million Menschen. - Und das müssen wir auch in unseren Haushaltsplanungen zum Ausdruck bringen können.

Die Konsolidierungsvorschläge, die der Stadtvorstand erarbeitet, werden Sie Ende März, Anfang April zugestellt bekommen. Damit haben Sie Zeit für ausführliche Beratungen bis zur geplanten Verabschiedung des Haushaltes 2012, einschließlich einer verbindlichen Finanzplanung für die Folgejahre bis 2015, die am 26. Juni 2012 vorgesehen ist. Am 11. Juni soll dazu der Finanzausschuss tagen.

Wir machen das in einem strukturierten Verfahren. Das ist Ausdruck der Verantwortung, die wir auch für die Folgejahre übernehmen wollen; denn wir haben nicht nur jahresbezogene Kürzungen vorzunehmen. Wir haben dafür zu sorgen - und das ist entscheidend -, dass bis 2015 120 Millionen Euro, 60 Millionen Euro davon vorgezogen bis zum Haushaltsjahr 2014, erbracht werden. Diese Vorgehensweise des Stadtvorstands - damit komme ich zum Ende - dient vor allem der Erhöhung der Planungssicherheit in der Stadt; denn wir bzw.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, können in die endgültige Beschlussfassung nun die Steuerentwicklung im ersten Quartal, die Steuerschätzung im Mai 2012 und vor allem auch das noch zu verabschiedende GFG 2012 einbeziehen. Dabei geht es um nicht weniger als 70 Millionen Euro in den Folgejahren.

Damit, so meine ich, stellen wir uns verantwortlich für die Zukunft dieser Stadt auf. Der Haushalt ist ein Beitrag dazu, und wir ergreifen die Maßnahmen, die erforderlich sind, um eine nachhaltige Wirkung in diesem nicht unerheblichen Finanzvolumen zu erzielen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Wort zu § 82 Gemeindeordnung sagen. Natürlich bedingen die Verschiebungen von Haushaltsberatungen auch, dass die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung auch im zweiten Quartal 2012 vorliegen. Diese Situation ist in § 82 Abs. 2 Gemeindeordnung geregelt, der besagt: Die Kommune darf ausschließlich Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsleistungen, für die im Haushalt des Vorjahres Finanzpositionen oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen sind, fortsetzen. Daher ist zwingend in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die oben ausgeführten Voraussetzungen bei einer beabsichtigten Zahlung an Empfänger von Transferaufwendungen vorliegen. Dies tut die Verwaltung. Ich habe meine Kolleginnen und Kollegen gebeten, unter Berücksichtigung dieser rechtlichen Verpflichtung in jedem Einzelfall Prüfungen vorzunehmen. Eine generelle Mittelfreigabe ohne Berücksichtigung der Vorgaben des § 82 ist rechtlich nicht zulässig.

Vor uns liegen schwere Aufgaben. Die Probleme sind zu lösen. Sie erfordern erhebliche Anstrengungen, und sie erfordern auch erhebliche Vorbereitungen durch die Verwaltung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zum nächsten Redner, Herrn Klipper.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nicht Herr Börschel? - Gegenruf von Martin

Börschel (SPD): Wenn Sie noch nicht so weit sind, gehe ich gerne vor!

Bitte schön, Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Börschel, wir haben wenigstens die Möglichkeit, in der zweiten Runde noch darauf zu antworten.

Meine Damen und Herren! Frau Kämmerin, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Vieles von dem hier eben Vorgetragenen haben Sie ja auch schon in der Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Meiner Meinung nach war das nicht erforderlich, auch weil wir alle uns der Bedeutung dieser schwierigen Situation durchaus bewusst sind.

Lassen Sie mich beginnen. Am 8. Februar 2012 haben Sie, Herr Oberbürgermeister, zusammen mit der Stadtkämmerin den ersten Veränderungsnachweis für den Haushalt 2012 vorgelegt. Ich will eines vorab klarstellen: Wir sind von dieser Vorlage äußerst enttäuscht. Ich sage Ihnen auch, warum: weil sich nach Einbringung des Haushalts an den Zahlen mit Ausnahme von Anpassungen aufgrund vorgegebener neuer Daten, erwarteter Korrekturen, Notwendigkeiten bei der Gewerbesteuer wie auch bei den Schlüsselzuweisungen nichts verändert hat. Von einem Beitrag zur Konsolidierung und einem klaren Bekenntnis zum Sparen bzw. zur Sicherung der Nachhaltigkeit der kommunalen Finanzierung ist dieser Haushalt zurzeit sehr weit entfernt. Aber genau darauf kommt es an. Auch deswegen ist es unverständlich, die Beschlussfassung über den Haushalt auf den 26. Juni zu verschieben.

(Beifall bei der CDU)

Im Mai wird zwar die neue Steuerschätzung erfolgen und Sie, Herr Oberbürgermeister und Frau Kämmerin, hoffen wohl darauf, dass sich dann günstigere theoretische Werte ergeben, um so das Defizit formal senken zu können, allerdings allein mit dem Ziel, an notwendigen Einschränkungen bzw. Einsparungen vorbeizukommen. Wir halten dies nicht nur für falsch, wir halten dies - das sage ich Ihnen von vornherein - auch für nicht zielführend.

Herr Oberbürgermeister, ich darf Sie daran erinnern, welche Ziele Sie einmal formuliert haben. Sie haben sie geradezu

gebetsmühlenartig immer wieder vorgetragen, sowohl in Ihrer Einbringungsrede zum Haushalt 2010 vom 13. Juli 2010 wie auch in Ihrer Rede vom 13. Oktober letzten Jahres. Was ist denn geschehen mit Aussagen wie diesen? Ich zitiere aus Ihren Reden, Herr Oberbürgermeister:

Der Stadtvorstand hat dazu die Kämmerin beauftragt, bis zum Ende der Sommerpause 2010 den Entwurf eines Konzepts zur „Konsolidierung des Haushalts der Stadt Köln“ zu erarbeiten und in Gremien Ihnen vorzulegen.

Oder wie die Aussage in Ihrer Rede vom 13. Oktober 2011, also ein Jahr später:

Mit dem Haushaltsentwurf 2012 und den darauf aufbauenden mittelfristigen Finanzplanungen gehen wir diesen geraden Weg. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass der bisherige Kurs der Vernunft und des sozialen Ausgleichs nicht verlassen wird.

An anderer Stelle haben Sie damals gesagt:

Wir in Köln schaffen den unverzichtbaren Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Zukunftssicherung und Vertrauen.

(Beifall von Michael Zimmermann [SPD])

Herr Oberbürgermeister, diese Ziele haben Sie nicht mehr im Blick.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bisher haben Sie von diesen Zielen nicht eines umgesetzt, nicht einmal andeutungsweise. Ich werde gleich noch einmal darauf zurückkommen, wie sich das Vermögen der Stadt Köln während Ihrer Amtszeit vermindert hat.

Nach dem nun vorliegenden Veränderungsnachweis, Herr Oberbürgermeister, Frau Kämmerin, hat sich die Situation noch einmal dramatisch verschlechtert. Bei Einbringung des Haushaltes war von Defiziten in Höhe von 1 Milliarde Euro zwischen 2012 und 2015 die Rede. Nun sind es 1,16 Milliarden Euro. Das heißt, dieser Veränderungsnachweis beinhaltet nicht eine Konsolidierungsmaßnahme, sondern das Defizit erhöht sich noch um weitere 160 Millionen Euro. Hier von Konsolidierung und von Sparen zu sprechen, halte ich für Hohn.

Jeder ist der Meinung - ich führe viele Gespräche in der Stadt -: Damit werden die Bürger unserer Stadt über das wahre Ausmaß der Notwendigkeit, zu sparen, bewusst getäuscht. Das heißt, sie werden nicht jetzt, sondern erst am 26. Juni erfahren, was auf sie zukommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn das, was ich gerade vorgetragen habe, das Ergebnis von vier Monaten Arbeit der Kämmerin, des Stadtvorstandes, des Oberbürgermeisters und allen anderen städtischen Stellen ist, um Einsparungen zu erreichen, dann sehe ich schwarz, wie wir an einem Haushaltssicherungskonzept vorbei kommen sollen. Ob Sie, Frau Kämmerin und Herr Oberbürgermeister, bis Ende März - so ist jedenfalls der vorläufige Zeitplan von Ihnen definiert worden - die zusätzlichen Einsparungen über Standardreduzierungen, Abgabe von Aktivitäten, die nicht unbedingt von der Stadt übernommen werden müssen, und anderes mehr in Höhe von 60 Millionen Euro ab 2013 - lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen: 60 Millionen Euro ab 2013! - stemmen können, daran habe ich große Bedenken angesichts des Ergebnisses der bisher durchgeführten Klausurtagungen des Stadtvorstandes.

Es wird ja wohl der Wahrheit entsprechen, was der Rathaus-Flurfunk berichtet, nämlich dass die vorgelegten Einsparvorschläge der einzelnen Dezernenten und deren Sparwille nur minimal gewesen seien und es sich bisher gar nicht gelohnt habe, diese zu erfassen und in den Veränderungsnachweis aufzunehmen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte dazu sagen, die Beschlussfassung auf den 26. Juni zu verschieben. Diese Verschiebung bedeutet nichts anderes, als dass der Haushaltsbeschluss voraussichtlich erst am 1. August rechtskräftig wird. Mit dieser Taktik - ich muss es wirklich als Taktik bezeichnen - haben Sie, Herr Oberbürgermeister und Frau Klug, erreicht, dass wir sieben Monate lang mit einer vorläufigen Haushaltsführung und den damit verbundenen Unsicherheiten und Einschränkungen leben müssen und erst in den letzten fünf Monaten dieses Jahres Gegensteuerungsmaßnahmen, die für viele Projekte Planungssicherheit bedeuten, ergreifen können. Mit Blick auf die Dynamik des Verwaltungsvorgangs muss davon ausgegangen werden, dass Impulse vonseiten

der Stadt in diesem Jahr überhaupt nicht mehr ausgesandt werden können.

Wir befinden uns in einer katastrophalen Situation hinsichtlich des Haushalts 2012 und der mittelfristigen Finanzplanung. Aber ich möchte auch noch auf die unverantwortliche Vorgehensweise im Hinblick auf den Vermögensverzehr eingehen. Von den Rücklagen in Höhe von rund gerechnet 6,6 Milliarden Euro, die zu Beginn des Jahres 2008 vorhanden waren, werden nach dem vorgelegten Veränderungsnachweis höchstens noch 4,786 Milliarden Euro übrig bleiben. Das heißt, die derzeit verantwortliche Koalition einschließlich der Kämmerin und des jetzigen Oberbürgermeisters hat den zukünftigen Generationen rund gerechnet 1,8 Milliarden Euro entzogen bzw. sie auf Kosten zukünftiger Generationen verausgabt. Konsolidierung sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Konsolidierung bedeutet, eisern zu sparen auf Grundlage der vorhandenen Möglichkeiten. Dies haben Sie sträflich vernachlässigt. Sie, meine Damen und Herren, fordern hier immer Nachhaltigkeit im politischen Handeln. Wir von der CDU verlangen diese Nachhaltigkeit auch für den Haushalt, damit die zur Verfügung stehenden Rücklagen auch noch zukünftigen Generationen nutzen und nicht schon vorher aufgebraucht sind.

Der fehlende Mut vonseiten der Kämmerin wie auch vonseiten der Stadtspitze ist katastrophal für Köln und nimmt vieles von der Zukunftskraft, die diese Stadt gewonnen hatte, wieder zurück. Das lässt nichts Gutes für die Stadt erwarten. Wir fordern deshalb, mit radikalen, gegebenenfalls auch harten, aber wohlgedachten Sparbemühungen zu beginnen, die Klientelpolitik der letzten Jahre aufzugeben und die politische Handlungsfähigkeit wieder zurückzugewinnen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da spricht der Richtige!)

In Punkten wie den sinnvollen, durchdachten Reduzierungen von Standards, einer wirklich kritischen Aufgabenkritik, der Verminderung des Wasserkopfs in der Verwaltung, der Rückübertragung der Verantwortung auf die entsprechenden Mitarbeiter in den Dezernaten, der Verschiebung von langfristigen und unseren Haushalt sehr stark beeinträchtigenden Investitionen auf einen späteren Zeitpunkt, wenn sich die Finanzsituation verbessert hat, stimmen

wir mit Ihnen überein, Herr Oberbürgermeister. Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen: Wir brauchen das Park Café nicht jetzt zu renovieren; denn das wird über 2,5 Millionen Euro kosten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Was für ein Café brauchen wir nicht?)

- Ja, ja, Herr Frank. Ich weiß, das ist Ihr Bereich.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Welches denn? Wir haben es nicht verstanden!)

- Ich meine das Parkcafé. P-A-R-K und dann Café dahinter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dann muss die CDU einen Antrag auf
Denkmalentwidmung einreichen!)

Herr Oberbürgermeister, unser Angebot an Sie lautet: Wenn Sie all diese Aufgaben ernsthaft durchführen, bieten wir Ihnen an, daran mitzuwirken. Sollte sich aber nichts am grundsätzlichen Finanzgebaren innerhalb der Stadt ändern und sollten insbesondere auch die Rücklagen weiter aufgebraucht werden, und zwar in einem Maße, wie ich es eben dargestellt habe, werden wir die Zusammenarbeit verweigern. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich habe es schon erwartet, dass diese durchaus ernste Situation Anlass gibt für viel Schaumschlägerei und auch viel Dampfplauderei wie die, die die FDP geboten hat.

Hier mit dem Griechenland-Vergleich zu kommen, mag vielleicht eine Schlagzeile in einer Boulevardzeitung bringen; aber das ist weit weg von der Realität. Wenn Sie sich die Haushaltsdaten wirklich so genau angeschaut haben, wie Sie gesagt haben, hätten Sie feststellen müssen, dass zwischen 2004 und 2005 immerhin 186 Millionen Euro Schulden abgebaut wurden. Um der Wahrheit willen sollte man dies hier auch einmal sagen.

Sie von der CDU und insbesondere von der FDP haben hier eben gefragt: Wo sind denn die

Einsparvorschläge? Ich halte Ihnen entgegen: Vielleicht sollten Sie erst einmal in der eigenen Fraktion damit anzufangen. Oder wie ist es zu verstehen, wenn der kulturpolitische Sprecher der FDP sagt: 5 Millionen Euro mehr beim Bühnenbudget wären doch kein Problem, die müssten unbedingt her? Oder wie ist es zu verstehen, wenn die FDP den Antrag in den Rat einbringt: „Ein drittes Frauenhaus? - Kein Problem, die 500 000 Euro werden doch noch zu finden sein“? Oder wenn die CDU einen Ratsantrag zur Orangerie einbringt: „Wir brauchen einen weiteren Spielort, dafür werden wir doch noch 2 Millionen Euro haben“? Ich könnte diese Liste bis zum Ende meiner Redezeit fortsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Ganz abgesehen von dem tollen Vorschlag Ihrer Fraktion, Herr Klipper, den Rheinufertunnel für mal eben 60 Millionen Euro aus dem Stadthaushalt zu finanzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das alles ist keine ernsthafte Haushaltspolitik. Das lenkt davon ab, sich um die wirklichen Probleme zu kümmern. Das ist letztendlich eine Politik der Verweigerung. Ich bin gespannt darauf, wie sich CDU und FDP in den nächsten Wochen positionieren werden, wenn die Stadtverwaltung tatsächlich Vorschläge macht, um die sie nicht umhinkommt.

Wir haben ja schon einen Vorgeschmack bekommen. Zum Glück haben wir eine Gewerbesteuererhöhung gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben gesehen, dass der sogenannte Aufschwung durch mehr Steuereinnahmen an Köln voll vorbeigelaufen wäre. Was wäre denn gewesen, wenn wir den Hebesatz nicht erhöht hätten? Wir würden jetzt schon an der 5-Prozent-Marke schrammen. Aber damals war sich die CDU dafür zu fein, und die FDP war sich erst recht zu fein dafür.

Deshalb sage ich an die gesamte Verwaltung gerichtet: Es wäre sicherlich verkehrt, auf die Mai-Steuerschätzung zu setzen. Das allein kann es nicht sein. Notwendig sind jetzt tatsächliche Sparbemühungen und Vorschläge, die aber von der gesamten Verwaltung erarbeitet werden müssen. Das ist nicht das Privatvergnügen der Stadtkämmerin. Jedes Fachdezernat ist gefragt, Vorschläge einzubringen, über die man dann im

Einzelnen diskutieren muss. Das ist die Erwartung unserer Fraktion an die nächsten Wochen, insbesondere mit Blick auf das Vorschlagspaket, das ja laut Pressemitteilung der Verwaltung Ende März zu erwarten ist. Denn eines ist sicher: Wir werden uns bemühen, und wir werden darum kämpfen, dass wir nicht in eine Nothaushaltssituation abrutschen. Wir haben dies 2010/2011 abwenden können. Damals konnte erreicht werden, dass die Stadt Köln die haushaltspolitische Souveränität weiterhin behält. Das wird auch die Aufgabe für dieses Jahr und insbesondere für die kommenden Wochen sein. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu weiteren Wortmeldungen. Herr Wiener. Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Köln steht wieder einmal kurz vor dem Nothaushalt. Doch die Verantwortlichen betreiben weiterhin eine Vogel-Strauß-Politik. Schlimmer noch: Man verschließt nicht nur die Augen vor den Problemen, sondern unterlässt gleich ganz jeden Versuch, etwas dagegen zu unternehmen. Statt wie geplant im März einen vernünftigen Haushaltsplan mit wirksamen Sparanstrengungen zu verabschieden, sagt die Stadtspitze die Haushaltsplandebatte einfach kurzfristig ab. Das, meine Damen und Herren, ist ein finanzpolitischer Offenbarungseid, den es so in Köln noch nicht gegeben hat. Es zeugt vom völligen Versagen der Stadtspitze bei den Konsolidierungsbemühungen des Haushaltes. Was haben Oberbürgermeister Roters und Stadtkämmerin Klug eigentlich all die Monate gemacht? Es war doch lange bekannt, dass der Haushalt im März verabschiedet werden sollte.

Die Fraktion pro Köln hat immer wieder auf die ausufernde Schuldenentwicklung und die katastrophale Finanzpolitik der etablierten Parteien in Köln hingewiesen. Zum Dank wurden wir als Störenfriede und Nestbeschmutzer beschimpft, und geändert haben die Altparteien an ihrem Finanzgebaren nichts, und zwar alle Altparteien nicht. Das sei auch den Kollegen der CDU und der FDP ins Stammbuch geschrieben, die zwar hier heute manch klugen Satz gesprochen haben, aber jahrzehntelang mit dazu beigetragen haben, den Haushalt der Stadt Köln an die Wand zu fahren. Kölns Finanzmisere hat

ja nicht erst unter Rot-Grün begonnen, sondern hat sich seit Jahrzehnten aufgebaut.

Weder CDU noch SPD noch FDP und erst recht nicht den Grünen gelang es jemals, den Schalter in Richtung Haushaltskonsolidierung langfristig umzulegen. Im Gegenteil, heute hat Köln ein Defizit in Milliardenhöhe. Das ist eine Zahl mit neun Nullen. Allein im neuen Haushaltsjahr werden wohl weitere 250 Millionen Euro fehlen. Die sogenannte fiktive Haushaltsrücklage wird schon in Kürze aufgebraucht sein, wobei auch dieses Hilfskonstrukt nur zum Kaschieren und Hinauszögern der tatsächlichen Finanzmisere gedient hat; denn die in dieser fiktiven Haushaltsrücklage veranlagten Vermögenswerte der Stadt beinhalten unter anderem öffentliche Straßen, Plätze, Brücken usw. Wollen Sie demnächst zum Bezahlen der Schulden die Kölner Brücken oder Straßen verkaufen, Herr Oberbürgermeister, oder vielleicht wieder Brücken- oder Wegezölle wie im Mittelalter einführen?

Prinzipiell ausschließen kann man ja hier leider gar nichts mehr - außer vielleicht eine vernünftige Personalpolitik, die zu diesem Themenfeld mit dazugehört. Als es darum ging, die richtige Persönlichkeit zur Eindämmung der Schuldenkrise zu finden, hat der Rat bei seinen Entscheidungen leider versagt. Während der letzte CDU-Stadtkämmerer Soénius wenigstens, sagen wir mal, noch bemüht war, vermissen wir bis heute jegliche Sparimpulse vonseiten der neuen, grünen Stadtkämmerin Frau Klug. Wo bleibt ein durchgreifendes und durchdachtes Konzept, mit dem der Schuldenkollaps in letzter Minute doch noch abgewendet werden kann? Wann kommen endlich Kürzungen bei den zig Millionen Kosten für eigentlich ausreisepflichtige illegale Personen in Köln? Wann werden endlich rigoros die Zuschüsse an linksextreme Vereine und ideologisch verbohrt Multikulti-Einrichtungen gestrichen? Wollen Sie darauf warten, bis Köln unter dem Nothaushaltsrecht direkt von der Bezirksregierung kontrolliert wird? Ist das vielleicht insgeheim Ihr Plan, weil Sie dann unbequeme Sparvorschläge nicht mehr selbst durchsetzen müssen? Dann bräuchten wir aber keinen Stadtrat mehr, sondern könnten die Arbeit gleich ganz der Verwaltung und der Bezirksregierung überlassen, meine Damen und Herren.

Fakt ist: Rot-Grün ist schon jetzt jämmerlich an der Haushaltskonsolidierung gescheitert. Man hat es bereits versäumt, durch eine richtige Personalpolitik die notwendigen Weichen zum Sparen zu stellen. Anstelle eines überparteilichen

und durchsetzungsstarken Sparkommissars als Stadtkämmerer versuchten SPD und Grüne, zuerst den fachlich nicht geeigneten grünen Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank als neuen Stadtkämmerer zu installieren, was Gott sei Dank in letzter Minute durch den Regierungspräsidenten noch verhindert werden konnte. Dann wurde uns Frau Klug als neue Stadtkämmerin präsentiert. Ich glaube, sowohl Frau Klug als auch wir alle hier hatten jetzt genügend Zeit für eine erste Zwischenbilanz. Diese fällt, wie eingangs beschrieben, ernüchternd aus, um es höflich zu formulieren.

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich zum Abschluss noch einmal ganz ausdrücklich: Die Verschiebung der Haushaltsplanberatung ist der Beweis der finanzpolitischen Inkompetenz von Rot-Grün. Die Bürgerbewegung pro Köln wird nicht müde werden, das laut und deutlich auszusprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich lege mein Redekonzept zur Seite und möchte Ihnen noch einmal konkret darlegen, wie sich die Situation meines Erachtens darstellt.

Die Kämmerin hat die Richtlinienkompetenz, und so müssen wir hier auch die Diskussion führen. Herr Klipper, auch wenn Sie hier herumeiern, um es sich nicht mit den Grünen und mit der SPD zu verderben, eines muss klar sein: Die Kämmerin macht den Haushalt, und die Kämmerin legt die Rahmenrichtlinien fest. Das macht nicht der Oberbürgermeister, sondern das macht die Kämmerin. Deswegen werde ich mich auch nicht am Oberbürgermeister, sondern an der Kämmerin abarbeiten, um es einmal ganz klar zu sagen.

(Henk van Benthem [CDU]: War das eine Drohung oder ein Versprechen?)

Wir müssen ja offen und fair miteinander diskutieren. Ansonsten kommen wir in der ganzen Angelegenheit nicht weiter.

Ich finde das Vorgehen der Kämmerin wirklich bedauerlich. Erst teilt sie uns die Terminverschiebung mit, als Nächstes hält sie eine Pressekonferenz dazu ab, und dann erzählt

sie uns hier im Rat praktisch noch einmal dasselbe wie auf dieser Pressekonferenz. Ich muss sagen: So kann man mit dem Rat nicht umgehen. Es wäre vernünftiger gewesen, zumindest die Fraktionsvorsitzenden zusammenzurufen und ihnen zu sagen: Hören Sie mal, wir haben da ein Problem.

Frau Kämmerin, Sie haben in der Haushaltsrede gesagt, dass Sie Prioritäten setzen wollen. Sie haben SPD und Grünen gesagt, etwas Neues entwickeln zu wollen. Es ist aber nichts gekommen. Das muss man einfach einmal nüchtern feststellen. Es ist gar nichts gekommen. Das Einzige, was Sie durchsetzen konnten, war die Grundsteuererhöhung um 15 Prozent, wobei Sie ja ursprünglich für eine noch stärkere Erhöhung waren. Das Ganze ist dann im Chaos geendet. Zum Glück gibt es ja die Koalition Rot-Grün noch, aber sie stand kurz davor, zu zerbrechen.

(Ralph Sterck [FDP]: Zum Glück?)

- Na gut, das ist immer eine Frage der Betrachtung, Herr Sterck. Mir ist Rot-Grün lieber als Schwarz-Gelb. Das muss ich ganz klar sagen.

(Martin Börschel [SPD]: Da bin ich beruhigt!)

Mir ist Rot-Grün auch lieber als eine Große Koalition. Aber Sie haben recht: Das ist alles relativ, was aber an der Sache an sich nichts ändert.

(Martin Börschel [SPD]: Das war ein Wahlaufuf für Rot-Grün!)

Zurück zum Thema. Wir haben hier im Oktober 2010 einen Antrag eingebracht, in dem wir gefordert haben, den Haushalt frühzeitig einzubringen. Die FDP ist der Sache gefolgt, aber die anderen Parteien haben das abgelehnt. Jetzt haben wir genau die gleiche Situation: Wir haben im Prinzip ein Haushaltschaos. Es muss doch ganz klar gesagt werden: Wir haben eine Verunsicherung bei den Freien Trägern, und wir haben eine Verunsicherung bei den Belegschaften. Am Montag war die Belegschaftsversammlung der Bühnen, eine nichtöffentliche Veranstaltung. Es war nicht schön. Es besteht erhebliche Verunsicherung bei den Personen.

Kollege Geheimrat Frank, es ist ja so, dass Sie im Prinzip eine Art Bleidecke über den Rat legen. Man kann ja gar nichts mehr vorschlagen. Denn immer dann, wenn man etwas vorschlägt - und

wir machen hier keine Vorschläge mit einem Volumen von 60 Millionen Euro, sondern schlagen für gute Projekte sehr viel kleinere Beträge von etwa 50 000 Euro vor -, wird gesagt: Das schieben wir in die Haushaltsberatungen. Der Rat wird durch diesen Vorgang gelähmt. Das muss man hier auch einmal ganz klar sagen. Es ist nicht demokratisch, wenn wir hier nicht ernsthaft miteinander reden und Vorschläge machen können. Man kann Vorschläge ja aus sachlichen Gründen ablehnen. Aber dass Vorschläge einfach so abgelehnt werden, das lasse ich mir nicht gefallen. So können wir nicht miteinander umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Frau Kämmerin, Sie haben als Gründe für die Terminverschiebung die Gemeindefinanzierung, die Steuerschätzung usw. genannt. Ich meine, das wussten Sie doch vorher schon. Die Mai-Steuerschätzung gibt es doch immer im Mai.

(Zustimmung bei der FDP)

Das führt uns doch nicht weiter.

Eine weitere Sache möchte ich hier offenlegen, Frau Kämmerin. Nach der Pressekonferenz war die Kämmerin so freundlich, uns den Haushalt darzustellen. Danach haben wir die Frage diskutiert, bis wann uns die Vorschläge vom Stadtvorstand zur Kenntnis gegeben werden müssen. Damals sagte Frau Klug: Mitte April. Darauf haben wir gesagt: Njet, das ist zu spät. In der Presseerklärung vom Montag wurde nun mitgeteilt: Ende März. Da habe ich gesagt: Na gut, immerhin Ende März. Heute haben Sie gesagt: Ende März bzw. Mitte oder Anfang April; ich habe es jetzt nicht mehr so genau in Erinnerung. Ich fordere Sie auf, an dem Termin festzuhalten, der in der Presseerklärung steht, nämlich Ende März. Dann können wir das wirklich ausführlich diskutieren.

Meine Damen und Herren, liebe Kölnerinnen und Kölner, stellen Sie sich politisch darauf ein, dass wir ab Ende März, Anfang April in der Öffentlichkeit darüber diskutieren müssen, wie wir diesen Haushalt gestalten wollen. Ich befürchte, dass Kürzungen auf uns zukommen. Denn wie will man sonst 30 Millionen Euro einsparen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir warten auf eure Vorschläge!)

- Ich bin gespannt!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich erst recht!)

Um es ganz offen zu sagen, in dem Gespräch mit der Kämmerin habe ich schon einmal ausprobiert, was machbar ist.

(Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Bravo!)

Beispielsweise habe ich gesagt: Wir könnten die Gewerbesteuer noch einmal erhöhen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Da gehen wir mit. Dann machen wir auch bei einer weiteren Grundsteuererhöhung mit. Aber da war nichts. Da gab es keine Verhandlungsbasis.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Habt ihr auch Einsparvorschläge?)

- Sehen Sie, da ist nichts. Wir denken zumindest schon einmal nach. Aber von Ihnen kommt seit einem Dreivierteljahr gar nichts.

Deswegen, meine Damen und Herren, liebe Kölnerinnen und Kölner, fordere ich Sie auf: Mischen Sie sich ein! Engagieren Sie sich! Lassen Sie uns gemeinsam darüber diskutieren, wie wir die sozialen Strukturen in dieser Stadt erhalten können! - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich halte mich mehr ans Konzept. Am 13. Oktober haben die Kämmerin, Frau Klug, und der Oberbürgermeister, Herr Roters, den Haushalt eingebracht. Damals hieß es in der Rede von Frau Klug:

Der neu gefasste § 76 der GO NRW zeichnet einen solchen Weg für Kommunen in der Pflichtkonsolidierung vor – das ist für Köln nicht der Fall, weder 2012 noch im Finanzplanungszeitraum.

Weiter hieß es:

Der Haushalt 2012 hat diesen Konsolidierungsansatz fortgeschrieben und fortentwickelt – im Sinne eines ständigen Verbesserungsprozesses mit realistischer Sanierungszielsetzung.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Wie kann es sein, dass nicht einmal vier Monate vergangen sind und die Aussage bedeutungslos wurden, dass man die 5-Prozent-Grenze bei der Entnahme aus der Rücklage überschreitet und somit auf den Nothaushalt zusteuert, auch wenn der erste Veränderungsnachweis anders aussieht? In diesem Zeitraum waren die Zinsen für Kreditmarktschulden und Kassenkredite so günstig wie nie.

Die Anfragen der Freien Wähler bezüglich der Kassenkredite vom 10. Oktober letzten Jahres und bezüglich der Zinsbelastungen am 21. November im Finanzausschuss geben Auskunft darüber. Wir hatten unter anderem gefragt: Wo stünde man zum jetzigen Zeitpunkt, wenn wir eine Hochzinsphase verzeichnet hätten? Warum konnten wir die Schulden bei diesen geringen Zinsen nicht weiter abbauen?

Zur zuerst genannten Anfrage bezüglich der strukturellen Haushaltsdefizite: Es ist bis heute kein wirklich brauchbares Konzept vorgelegt worden.

(Zuruf: Pfuil!)

Das wollen Sie nun in den nächsten 100 Tagen schaffen. Ich glaube nicht daran. Damit hätte man schon viel früher beginnen müssen; denn auf unsere Anfrage vom 10. Oktober 2011 antworteten Sie, Frau Klug:

Die Verwaltung wird dem Rat Maßnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits vorschlagen.

Das war vor drei Monaten. Wir warten immer noch darauf.

Weiterhin verweisen Sie in Ihrer Antwort auf unsere Anfrage vom 21. November auf eine Anfrage der CDU, deren Frage und Verwaltungsantwort dem Finanzausschuss am 19. Dezember zur Kenntnis gegeben werde. Diese Frage lautete:

Wann wird die Stadtspitze mit der Umsetzung des Aufgabenabbaus und der Standardreduzierungen beginnen?

Ist dies noch vor der Verabschiedung des Haushalts anvisiert?

Antwort der Verwaltung:

Wie bereits ausgeführt, ist eine der Voraussetzungen für die geplanten Maßnahmen die Definition strategischer Ziele. Dieser Prozess steht kurz vor dem Abschluss.

Ich weiß nicht, was Sie unter „kurz vor dem Abschluss“ verstehen. Das war Stand 25. November 2011. Wo sind die Ergebnisse? Heißt das: in einem halben Jahr? Hätte man sich nicht schon im Dezember damit auseinandersetzen können?

Was die Gewerbesteuererinnahmen in 2011 betrifft: Wir stehen zwar nicht so gut da wie der Landesdurchschnitt, aber auch nicht so schlecht, dass wir unter der allgemeinen Finanzkrise so richtig gebeutelt wurden.

Es ist schon ein Armutszeugnis, wenn man einen Haushalt präsentiert bekommt, der so auf Kante genäht ist, dass er schon beim leisesten Husten an die Wand gefahren werden kann. Ich glaube, es ist ein Novum in diesem Rat, für die Verabschiedung eines Haushaltes neue Daten zu terminieren. Ich stelle mir die Frage: Kann es sein, dass man mit dieser Aufgabe überfordert ist? Frau Klug, Herr Roters, in der Schule hätte man früher den Schülerinnen und Schülern gesagt: Aufgabe nicht gelöst! Ungenügend! Setzen!

(Beifall bei Teilen der FDP sowie von Bernd M. Schöppe [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir jetzt schon Etliches gehört haben und nun endlich auch - das ist die Erkenntnis aus der ersten halben Stunde zu Beginn dieses Rates - mit Konsolidierungsvorschlägen der Linken rechnen dürfen, ist der heutige Tag eigentlich schon gut gelaufen. Ich bin sehr gespannt, Herr Kollege Detjen, wann von Ihnen Erhellendes dazu kommt. Ihre Ankündigung habe ich jedenfalls mit großem Interesse aufgenommen.

Nun noch ein paar Gedanken zum Thema dieser Aktuellen Stunde. Aus meiner Sicht sollten wir

das Grundanliegen, das die FDP mit ihrem Antrag auf Durchführung dieser Aktuellen Stunde verfolgt, schon etwas ernster nehmen. Sie wollte nämlich darüber diskutieren - daran muss ich hier auch Sie von der FDP noch einmal erinnern -, welche Auswirkungen die Verschiebung der Haushaltsplanberatungen hat.

Herr Kollege Hoffmann, es ist übrigens längst nicht das erste Mal in der Geschichte der Stadt Köln, dass der Rat und die Stadtverwaltung sich dazu entschließen müssen, die Haushaltsplanberatung zu verschieben.

Wir inklusive die Verwaltung sind uns sicherlich einig hier im Haus, dass der Haushaltsplanentwurf einschließlich des uns jetzt vorliegenden Veränderungsnachweises 1 nicht verabschiedungsreif ist. Das ist vollkommen klar. Darüber sind wir uns einig. Das wollte ich hier zur Sicherheit noch einmal feststellen.

Damit er verabschiedungsfähig wird, muss noch einiges passieren. Auch das ist völlig klar. Die Mindestvoraussetzung für das, was passieren muss, damit er verabschiedungsfähig wird, ist, dass wir ein Abgleiten in den Nothaushalt oder in das von der Bezirksregierung überwachte Haushaltssicherungskonzept sicher vermeiden können. Ich glaube, auch darüber können wir uns schnell einig sein.

Insofern will ich zumindest in diesem einen Punkt Herrn Kollegen Breite recht geben, der nämlich gesagt hat: Damit wir die Mindestziele erreichen, können wir nicht aufgrund von Luftbuchungen operieren, sondern wir brauchen konkrete Maßnahmen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Herr Kollege Breite, just in diesem einen Punkt haben Sie recht; viel mehr kam ja von Ihrer Seite nicht.

Jetzt müssen wir feststellen, dass die Kämmerin, nachdem sie die Richtlinien vorgegeben und Vorschläge eingesammelt hatte, offensichtlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend viele konkrete Maßnahmen identifizieren konnte, damit diese beiden Mindestvoraussetzungen erfüllbar sind, zumal sich die Rahmenbedingungen in den letzten Monaten noch verschlechtert haben. Das hat die Kämmerin eben noch einmal dargelegt. Die Lücke ist also größer geworden, auf Deutsch gesagt.

Wenn das aber so ist - und das soll meine erste Conclusio sein -, dann handeln doch all

diejenigen, die jetzt lautstark beklagen, die Verschiebung von März auf Juni sei nicht richtig, unlauter. Entweder ist man dafür, dass konkrete Maßnahmen identifiziert werden, um die beiden Mindestziele zu erreichen, dann muss man, Stand heute, die Verabschiedung des Haushalts verschieben; oder aber man gibt zu, dass es einem schnurzpiepegal ist, ob wir diese Mindestziele erreichen und in den Nothaushalt steuern, in dem Fall kann man den Haushalt im März verabschieden. Man kann nur einen Tod sterben bzw. eine Strategie verfolgen. Deshalb ist es konsequent, zu sagen: Die Haushaltsplanberatungen müssen verschoben werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Was ist in den letzten vier Monaten passiert? Nichts!)

Aber diese Zeit muss dann auch genutzt werden. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Wir brauchen für die Zeit bis zur Haushaltsplanverabschiedung im Juni eine Dramaturgie. Wir müssen schnell vom Grundsätzlichen ins Konkrete kommen. Die Flughöhe ist mir noch viel zu hoch. Wir erwarten eine Struktur, und wir erwarten Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung. Und die kann - das sieht auch die Gemeindeordnung eindeutig so vor - nur die Kämmerin geben. Nachdem die Kämmerin diese Vorgaben gemacht hat, ist der gesamte Stadtvorstand mit allen Beigeordneten in der Pflicht, diese Vorgaben auszufüllen, und zwar mit Leben und mit konkreten Maßnahmen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis: Nach meiner festen Überzeugung ist die Ebene der Produkte noch keine taugliche Ebene, um in der notwendigen Tiefenschärfe konkrete Einsparmaßnahmen zu definieren. Das reicht nicht. Man muss tiefer gehen, man muss konkreter werden. Das heißt: Der Stadtvorstand muss nach den Vorgaben der Kämmerin ganz konkrete einzelne Maßnahmen der Standardreduzierung, des Aufgabenabbaus, der Einsparmöglichkeiten definieren. Am Ende ist dann in der Tat der Rat in der Verantwortung. Niemand hier im Saal, jedenfalls nicht die Koalition aus SPD und Grünen, will sich vor der Verantwortung drücken. Am Ende ist immer der Rat verantwortlich, wir alle hier im Saal. Wir können das an niemand anderen abdrücken.

Aber auf dem Weg dorthin bleibt die Verwaltung in der Pflicht. Die Gemeindeordnung sieht hier eindeutige Zuständigkeiten vor, was wann in welchen Abständen wie und wo zu passieren hat und welche Schritte dafür notwendig sind. Und genau darauf warten wir. Das heißt, die ganz

klare Erwartungshaltung, jedenfalls der Koalition bzw. der SPD-Fraktion, ist die, dass die Zeit, die jetzt bis Juni gewonnen wurde, genutzt wird, damit wir vom relativ Allgemeinen ins Konkrete kommen. Darauf warten wir in der Tat alle miteinander.

Erlauben Sie noch eine Schlussbemerkung. Herr Kollege Klipper wollte hier, so meine ich, mit seiner Bemerkung zu den 1,8 Milliarden Euro einen bestimmten Eindruck erwecken. Ich habe es jetzt nicht nachgerechnet, wahrscheinlich ist die Summe richtig; da habe ich keinen Zweifel. Wenn Sie hier den Eindruck erwecken wollten, eine strukturelle Lücke von 1,8 Milliarden Euro in einem addierten Zeitraum von fünf Jahren ließe sich ausschließlich in einer konjunkturellen Normallage, also nicht im Boom, geschweige denn in einer Krise, mit lokalen Möglichkeiten schließen, dann sage ich Ihnen: In diese Tasche dürfen wir uns nicht lügen.

Die Gemeinden, auch Köln, sind strukturell unterfinanziert. Das bedeutet nicht nur im Ruhrgebiet, nicht nur in strukturschwachen Städten, sondern auch in einer Stadt wie Köln, die wächst, die eine breite, diversifizierte Wirtschaftsstruktur hat, die Zuzug hat, die viele junge und auch gut verdienende Familien in dieser Stadt halten will, dass sie in jeder Zeit außerhalb einer Boom-Phase Hilfe von außen braucht. Und diese Hilfe kann nur von Bund und Land kommen. Nur dann ist es möglich, diese strukturelle Lücke final zu schließen. Alle Ebenen - egal, wer dort regiert: ob im Land früher Schwarz-Gelb oder jetzt Rot-Grün, ob im Bund früher Schwarz-Rot oder Rot-Grün oder jetzt Schwarz-Gelb - müssen endlich verstehen, dass Städte und Gemeinden ausschließlich dann die Basis ihrer lokalen Infrastruktur legen können.

Lassen Sie es uns doch konkret benennen, was eben auch der Präsident des Europäischen Parlaments gesagt hat. *Hier* findet die Graswurzelarbeit statt. *Wir* schaffen die Rahmenbedingungen und die Grundlagen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen, in den Städten ein gutes Leben führen können. Das funktioniert aber nur dann, wenn das auch die Parlamente in Europa, vor allem aber auch die in Land und Bund kapieren.

Es war - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - ein starkes Stück Arbeit, die unsere Landesregierung geleistet hat, um eine breitere Mehrheit, als die Koalitionsfraktionen rein rechnerisch haben, davon zu überzeugen, dass die Hilfen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz aufgestockt

werden müssen. Mit den Rekordzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz ist jetzt ein erster Schritt getan worden. Sowohl in Richtung Land, aber erst recht in Richtung Bund muss man sagen: Das allein reicht nicht.

(Ralph Sterck (FDP): Der Bund hat auch etwas getan! Das kannst du dann auch sagen!)

- Ja, es geht um die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter. Das hat tatsächlich die Opposition im Bundesrat dem Bundesfinanzminister in mühsamen Konsensgesprächen abringen müssen.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

- War das richtig, oder war das falsch?

(Zurufe von der FDP)

- Aber sei's drum. Ich will Ihnen das ja gar nicht wegnehmen. Diese Milliarde, die der Bundesfinanzminister dafür zur Verfügung stellt, ist ja auch nicht schlecht, ganz im Gegenteil. Aber sie reicht eben nicht. Und dieser Verantwortung muss sich die aktuelle Bundesregierung stellen, wie übrigens auch die nächste. Darüber werden wir uns ja dann Sorgen machen müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern meine ich, wir täten gut daran, wenn der Stadtrat in Köln dieses Signal an alle Parlamentarier in Land und Bund senden würde: Wir machen gerne unsere Hausaufgaben, so schwer sie auch sind; aber alleine geht es nicht. Das sollte uns hier, glaube ich, zusammenführen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist vielleicht schon ein politisches Signal, dass der Vorsitzende des Finanzausschusses erst einmal alle anderen sprechen lässt, ehe er selbst Position bezieht. Lieber Herr Börschel, ja, das Land tut etwas und der Bund auch. Deswegen

befinden wir uns schon auf einem Niveau, wo man durchaus weiter diskutieren kann.

Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, damit wir nach dieser Pressekonferenz die Möglichkeit haben, hier über das Thema zu sprechen. Wenn wir uns alle so einig sind, dass die Lage schwierig ist, dann ist es, finde ich, durchaus angebracht, dieses Thema hier im Rat zu behandeln. Es sind ja auch interessante Gedanken entwickelt worden. Man sollte nicht so tun, als sei das nur Schaumschlägerei und Wichtigtuerei, wie Sie, Herr Frank, gesagt haben. Ich glaube, andere Beiträge haben gezeigt, dass uns alle das sehr stark angeht.

Einige Bemerkungen an Sie, Frau Klug: Es ist ja wirklich nicht so, dass die Situation uns völlig überraschend trifft. Wir von der FDP haben allerdings die Sorge, dass wir eine Art Stadtvorstandsmikado erleben werden,

(Heiterkeit bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

unter dem Motto: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Deswegen sind wir sehr gespannt, ob die zusätzlich gewonnene Zeit wirklich den gewünschten Erkenntnisvorsprung bringt, den Herr Börschel mit Hinweis auf die Gemeindeordnung vollkommen richtig dargestellt hat.

Ich will Ihnen noch einen Tipp geben. Einer Ihrer Vorgänger - er war nur relativ kurz im Amt; er ist jetzt auf einer anderen Ebene tätig; ich meine Norbert Walter-Borjans - hatte ja eine, salopp gesagt, Giftliste erstellt, die durchaus Möglichkeiten enthielt, strukturell zu sparen. Ich erinnere mich daran, dass wir die Vorschläge des damaligen Kämmers sehr freundlich begleitet haben. Ich erinnere mich allerdings auch daran, dass von diesem Rat hier ganz viele Maßnahmen, die er angeregt und auch schon angeschoben hatte, ganz schnell wieder begraben worden sind, als die neue rot-grüne Glückseligkeit das Zepher übernahm.

Meine Damen und Herren, noch eine Erkenntnis: Es gab jetzt eine Runde von allgemeinen Gebühren- und Steuererhöhungen. Die Vorstellung, nur durch Einnahmeverbesserungen einen Haushalt sanieren zu können, ist eben auch irrig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Ich sage Ihnen: Sie können natürlich rein rechnerisch die Grundsteuer - wir haben sie jetzt

um 3 Prozentpunkte erhöht - noch einmal um 60 Prozent erhöhen. Damit könnten wir ungefähr 120 Millionen Euro Einnahmen wuppen. Aber das ist nicht der politische Weg, der zum Ziel führen wird. Man muss sich eben auch von Aufgaben verabschieden können. Wenn man aber im Wahlkampf sagt: Ja, wir wollen sparen, aber keinem wehtun, dann gestaltet sich die Sanierung eines Haushaltes relativ schwierig. Das ist das Problem, das ich sehe.

Wir sind auf jeden Fall gespannt, was uns jetzt auf die Schnelle vorgelegt wird. Ich stelle hier auch die Frage: Warum müssen wir, wenn wir schon Mitte April wissen, was passieren soll, noch bis Ende Juni warten, um das zu entscheiden? Das hat mir noch keiner so richtig erklären können. Ach doch, da war ja diese Mai-Steuerschätzung. Sie wird uns bestimmt alle sehr glücklich machen.

Ich denke, die Verwaltung könnte das Ziel der Konsolidierung vielleicht auch etwas zielstrebig angehen, wenn sie bei diesem Thema den entsprechenden politischen Rückenwind der Mehrheitsfraktionen wirklich hätte. Ich glaube, Sie sind sich intern nicht so ganz einig darüber, wohin die Reise gehen soll. Deswegen eiert die Verwaltung an dieser Stelle auch ein bisschen herum. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kollege Detjen hat eben schon unsere Kritik am Herumeiern der Kämmers dargestellt. Ich möchte jetzt zwar nicht für Verständnis werben, aber doch erklären, worauf dieses Herumeiern basiert.

Der Kämmers ist natürlich klar, dass die Finanzausstattung Kölns genauso wenig reicht wie die anderer Kommunen und dass die kommunalen Finanzen unweigerlich tiefer in die Krise rutschen. Weiterhin gibt es mehr Aufgaben ohne entsprechende Ausstattung. Weiterhin wird das Konnexitätsprinzip verletzt. Weiterhin liegen die wirtschaftlichen Risiken - sei es aufgrund eines ökonomischen Abschwungs und damit verbundener geringerer Gewerbesteuererinnahmen, sei es aufgrund des Anstiegs der Sozialausgaben - zu einem überwiegenden Teil bei den Kommunen.

In dieser Lage bleiben der Kämmerin drei Möglichkeiten, die sich am Ende faktisch auf zwei reduzieren: Entweder sie verfolgt eine Strategie, mit der endlich die Besitzenden belastet und Gelder von Land und Bund erkämpft werden. Ich glaube, das ist jetzt keine Spezialität von Frau Klug; das ist bei Rot-Grün insgesamt politisch nicht gewollt, bei Schwarz-Gelb sowieso nicht, aber darüber brauchen wir nicht zu reden. Oder aber sie rückt mit der Wahrheit heraus und sagt genau, wo sie kürzen will. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass man sich darüber noch keinen Kopf gemacht hat. Man will es nur jetzt noch nicht sagen. Man will keine öffentliche politische Debatte. Man will keine breite Debatte in der Bevölkerung, weil man möglichen Widerstand fürchtet. Also greift man zur Option C, dem Herumeiern. Dies wird natürlich irgendwann wieder zur Option B führen, den Kürzungen. Aber man möchte sie möglichst auf verschlungenen Pfaden diskutieren. Man möchte sie möglichst kleinteilig halten und möglichst technisch aussehen lassen. Nur, das ändert für die Betroffenen unter dem Strich nichts, außer dass die Klarheit, was eigentlich gekürzt wird, erst mit dem Kürzungsbeschluss und dessen Umsetzung kommt.

Insofern sagen wir: Wir versuchen unser Bestes, das zu durchkreuzen und eine wirklich öffentliche Debatte darüber zu führen. Herr Börschel, unsere Konsolidierungsvorschläge hat Kollege Detjen schon gemacht; insofern brauchen Sie jetzt gar nicht zu warten. Die Kommune hat nicht so viele Möglichkeiten: Gewerbesteuer herauf, das ist eine Möglichkeit,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Grundsteuer war das!)

und im Übrigen überflüssige Repräsentations- und Prestigeprojekte streichen. Aber wir werden keine einzige Kürzung akzeptieren bei den Menschen, die auf soziale Dienstleistungen dieser Stadt angewiesen sind. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Insofern ist es auch nicht überraschend, was wir dazu vortragen. Wir werden vor allen Dingen dafür sorgen, dass eine öffentliche Debatte über den Charakter der Kürzungen hier geführt wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu Herrn Breite und seinem offensichtlich auf Medienwirksamkeit abzielenden Vergleich mit Griechenland sagen. Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich; schon klar. Aber dieser hinkt besonders. Ich finde ihn auch zynisch. Denn in Griechenland findet gerade die Zerstörung eines großen Teils der Sozialleistungen statt. In

Griechenland haben wir es mit beginnendem Massenelend zu tun. In Griechenland fliegen noch in diesem Jahr Zehntausende Menschen raus aus ihren Jobs, ohne eine Perspektive zu haben, neue zu finden. In Griechenland werden wir ziemlich viele Elemente sozialer Verrohung erleben, weil dieses Land tatsächlich kaputtgespart und kaputtgekürzt wird.

So weit ist es, hoffe ich, noch nicht in Köln, so weit soll es hier nie kommen. Aber das zeigt auch, was die FDP sich unter einer soliden, vernünftigen Wirtschaftspolitik vorstellt, nämlich öffentliche Ausgaben herunterzufahren, egal, welche Folgen das hat und welche Zerstörungen dadurch angerichtet werden. Nun ist Köln eine Kommune und kein Land. Da zählen noch andere Faktoren. Aber in Griechenland sehen wir, wie die gesamte Ökonomie

(Widerspruch bei der FDP)

- ja, Sie können abwinken; das ist schon okay - in den Abgrund gerissen, wie sie kaputtgekürzt wird. Ich unterstelle Ihnen jetzt nicht, dass Sie das auch in Köln wollen. Wie gesagt, in einer Kommune geht es so einfach nicht. Aber diese Tendenz wären Sie offensichtlich bereit, hier in Kauf zu nehmen, ein Kaputttkürzen, ein Kaputtprivatisieren von sozialen Dienstleistungen unter der Parole der wirtschaftlichen Gesundung, die aber unter dem Strich nur zu einem führt: Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen wird dadurch nicht beseitigt, nicht einmal gemildert, aber das Leben in der Kommune wird für viele Menschen verdammt schlechter. Das ist die Alternative, die Herrn Breite und der FDP vorschwebt. Auch dagegen werden wir uns wehren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe jetzt nur noch eine Wortmeldung, nämlich die von Herrn Uckermann. Ich will darauf hinweisen, dass nach der Geschäftsordnung die Dauer der Aktuellen Stunde eine Stunde nicht überschreiten sollte. Aber er hatte sich vorher gemeldet. - Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich höre, dass die Stunde um ist. Dann müssen wir uns natürlich fragen: Was hat die Stunde gebracht? Was hat die Stunde gekostet? Diese zusätzliche Stunde im Rat hat mehr gekostet als

alle Sondersitzungen, die unsere Fraktion je beantragt hat. Das muss man sagen.

(Beifall bei pro Köln - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Am teuersten seid ihr! - Weiterer Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Herr van Benthem, ich kann nicht dafür, dass Sie nicht reden durften. Sie hätten sich ja zu Wort melden können.

Was hat uns die Diskussion gebracht? Gar nichts. Gestern hatten wir Finanzausschusssitzung. Das ist der dafür zuständige Fachausschuss. Ich darf dort meine Fraktion vertreten. Da hätten wir die Debatte führen können, und das haben wir dort auch getan. Ich habe heute nichts substanzvoll Neues gehört. Ich habe heute nur gehört, dass dieses Überraschungspaket weiter läuft. Irgendwann werden wir eingeladen und dürfen eine Haushaltssatzung beschließen. Dann werden die Fraktionen in der Redezeit beschnitten; das heißt, man darf noch nicht einmal nachfragen.

Was meinen Sie mit „Standardreduzierungen“? Meinen Sie mit Standardreduzierungen, dass die Schultoiletten nur noch einmal im Jahr geputzt werden? Heißt das, dass in den Kindergärten jetzt die Heizungen gedrosselt werden müssen? Was heißt das? Wir hören einerseits, dass Sie die U3-Betreuung ausbauen wollen, andererseits sagen Sie, Sie wollen Standards reduzieren. Das interessiert uns.

Sie haben gestern angekündigt, dass die ganze Haushaltsplaneinbringung nur eine Formalität war, um der Gemeindeordnung zu genügen. Ich habe vor diesem Hintergrund angeregt, uns beim nächsten Mal, wenn Sie uns alle einladen, lediglich ein leeres Blatt hinzulegen und darauf zu schreiben: Haushaltsplanberatungen, Details folgen später. Dann hätten wir viel Geld gespart.

Ein Beispiel: Der Jugendhilfeausschuss hat per Post erfahren, dass die Leute ihre Haushaltspläne abholen sollen. Sie haben also dieses ganze Druckzeug - das ist ja ein Stapel von Druckwaren - abgeholt und werfen es jetzt in den Müll.

Es ist ja nicht schlimm, wenn man umplanen muss. Aber was planen Sie? Decken Sie die Sachen endlich auf!

Ich habe gestern angeregt, dass sich wegen der Fülle alle Fachausschüsse mit dem Veränderungsnachweis befassen müssen. Dann könnten wir nämlich klären, was es heißt, wenn

das Sportamt auf einmal 50 Prozent weniger Geld für kleinere Sportmaßnahmen bekommt. Dann könnten wir fragen: Was bedeutet das für die Vereine? Was bedeutet das für die Vorhaben, die wir schon länger in Angriff genommen haben und dann aufschieben mussten? Müssen wir sie jetzt noch zwei Jahre lang aufschieben? Müssen wir wieder einen Bolzplatz schließen? Wird dort ein Schild angebracht, auf dem steht: „Irgendwann geht es hier weiter! Machen Sie sich keine Sorgen! Ihre Stadt Köln“?

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Sie haben die Bürger aufgerufen, wieder beim Bürgerhaushalt mitzumachen. Die Losung lautet ja: „Deine Stadt - Dein Geld“. Klar, die Bürger haben mitgemacht. Sie haben dafür plädiert, die Schwimmbäder zu erhalten. Und was haben Sie gemacht? Sie haben die Schwimmbäder abgerissen. So einfach ist das.

(Beifall bei pro Köln)

Sie haben Prunkveranstaltungen im Gürzenich abgehalten und die Bürger aufgefordert, dort vorbeizukommen und mit zu entscheiden. Wenn sie das aber mal getan haben, haben Sie das Gegenteil gemacht.

Unser Vorschlag wäre, einen Unterausschuss Haushaltskontrollwesen zu gründen. Wie beim Finanzausschuss könnte in diesem Unterausschuss jeweils ein Mitglied der Fraktionen vertreten sein. Dieser trifft sich dann alle zwei Wochen und prüft genau, ob die Sparvorschläge, die jetzt - -

(Zuruf von der CDU)

- Sie wollen doch heute wieder einen neuen gründen. Sie gründen doch heute wieder einen neuen Ausschuss. Sie gründen heute eine neue GmbH. Sie gründen heute einen neuen Verein.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie können ja noch was Neues gründen, um Steuergeld zu verschwenden!)

- Natürlich. Ich mache so viele Arbeitskreissitzungen, bis wir unsere Aufgaben erledigt haben. Das lasse ich mir von einem Typ wie Ihnen nicht sagen.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie sind der Brandstifter im Haushalt!)

- Was haben Sie gesagt: Brandstifter? Herr Roters, Ordnungsruf!

(Henk van Benthem (CDU): Wenn Sie so lange für die Beratung brauchen, kann ja nichts rauskommen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Machen Sie weiter.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nein, aber bei uns hat das alles Hand und Fuß. Und das ärgert Sie.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

- Ja, lachen Sie ruhig. - Ich kann das hier zusammenfassen: Eine Stunde, außer Spesen nichts gewesen. Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen damit zum Ende der Aktuellen Stunde. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass die Angelegenheit an die Verwaltung überwiesen wird. - Ich sehe keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers hier: Schenkung von zwei Brottellern durch Herrn Bürgermeister Manfred Wolf 5129/2011

Herzlichen Dank an Bürgermeister Wolf!

(Beifall)

- Ihrem Beifall entnehme ich, dass allgemeine Zustimmung herrscht. Keine Enthaltungen. Damit ist das großzügige Geschenk hier angenommen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Mit Gegenstimmen von den Grünen!)

- Einzelne Gegenstimmen aus der Fraktion der Grünen, wie gehabt. Das für das Protokoll.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Einrichtung einer Elektrobuslinie" AN/0153/2012

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0208/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Überraschenderweise möchte der Antragsteller dazu sprechen. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag auf detaillierte Prüfung der Möglichkeit, eine oder mehrere Elektrobuslinien einzurichten, verfolgen wir ein Ziel, das wir in unserer Fraktion schon seit längerer Zeit als ein Schwerpunktthema ansehen, nämlich zu prüfen, ob mit der Elektromobilität Umweltbelastungen durch den Verkehr reduziert werden können und gleichzeitig den Verkehrsnotwendigkeiten einer Großstadt Rechnung getragen werden kann.

Schon im Mai letzten Jahres haben wir mit unserem Antrag zum Thema Nachhaltigkeit in eine ähnliche Richtung argumentiert. Damals haben Sie uns unseren Antrag mit einem fadenscheinigen Ersetzungsantrag kaputtmachen wollen und das natürlich mit Ihrer Mehrheit auch geschafft. Zur Problemlösung haben Sie allerdings gar nichts beigetragen. Wie sich das jetzt entwickelt, werden Sie das wohl heute wieder tun wollen. Ihrem Änderungsantrag entnehme ich, dass Sie einen Bericht dazu wollen, aber mehr nicht.

Uns geht es jedoch darum, die vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen. Leider hinkt Köln in vielen Entwicklungen, die es in manchen Städten in Deutschland und in Europa in diesem Bereich bereits gibt, deutlich hinterher. Das steht uns nicht an. Uns geht es darum, Möglichkeiten zu eruieren und auszuprobieren, was unter den hiesigen Bedingungen und mit Blick auf die Zukunft gelingen kann.

Elektromobilität ist sicher auf längere Zeit ein Nischenprodukt, aber eines, das in einer

Großstadt eine wichtige Rolle spielen kann. Deswegen möchten wir gerne ernsthaft prüfen und ausprobieren lassen, welche Möglichkeiten es für den Einsatz eines Elektrobusses im Bereich der Stadt Köln gibt. Es gibt auch in anderen Städten solche Versuche, darunter auch solche mit Hybridfahrzeugen und mit wasserstoffbetriebenen Bussen. Bei der Hybridtechnologie zeichnet sich inzwischen ziemlich deutlich ab, dass sie nicht zu kostengünstigen oder vertretbaren Preisen umgesetzt werden kann; vielleicht bei Dieselpreisen über 3 Euro, auf absehbare Zeit aber nicht.

Die E-Technik bietet deutlich mehr Chancen. Wir sollten sie ausprobieren. Wir müssen sehen, was in Köln geht. Unsere Busse laufen ja pro Tag zwischen 200 und 300 Kilometer, je nach Linie. Wir müssen ernsthaft prüfen, mit welchem Ladezustand sie unterwegs sein können, wo Stationen aufgebaut werden müssen, ob mehr Busse erforderlich sind, um einen Umlauf zu ermöglichen, ob man mit Schnellladungen arbeiten kann oder ob man einen Bus länger laden muss und dafür einen mehr beschaffen muss. Dafür kann man natürlich auch Fördergelder nutzen. Das alles hätten wir gerne ernsthaft in Angriff genommen.

Nun verweisen Sie in Ihrem Änderungsantrag darauf, dass das alles schon beauftragt sei. Abgesehen davon, dass dieser Auftrag nicht zu nennenswerten Konsequenzen geführt hat - ich sehe jedenfalls keine -, sind wir der Auffassung, dass ein politischer Beschluss auch noch aus einem anderen Grund mehr als sinnvoll, ja sogar notwendig ist. Selbstverständlich kostet ein solcher Versuch Geld. Wir wissen, dass die KVB und der Stadtwerke-Konzern finanziell nicht mehr so üppig ausgestattet sind wie früher. Es wäre also ein wichtiges politisches Zeichen, wenn wir hier erklären: Macht das! Wir stehen dazu, dass es vernünftig ist, dass ihr Geld dafür ausgeben müsst. Dafür geben wir euch politische Rückendeckung. - Es ist nicht damit getan, zu sagen: Das läuft alles schon von selbst.

Aus diesem Grund und um das Ganze zu beschleunigen, brauchen wir einen politischen Beschluss. Denn in vielen Städten ist man uns voraus. Köln als Großstadt läuft technisch und in der Sache weit hinterher. Das sollte nicht sein. Wenn in Solingen oder in einer anderen kleineren Stadt ein solcher Bus ausprobiert wird, dann ist das zwar schön, aber für unsere Verhältnisse nicht aussagekräftig genug. Deswegen sind wir der Auffassung: Man soll

dieses Projekt ernsthaft prüfen, Erfahrungen anderer Städte nicht ausgenommen.

Das Einzige, was mich bei Ihrem Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag wirklich wundert, ist, dass Sie zwei Wochen gebraucht haben, einen nichtssagenden Versuch zu machen, nur um unserem Antrag nicht zustimmen zu müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal der Appell an Sie: Überlegen Sie es sich noch einmal und stimmen Sie unserem Antrag zu! Es ist ein Prüfauftrag, aber ein ernsthafter und fundierter.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Hermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Möring, ich würde Ihnen ja gerne zustimmen,

(Karsten Möring [CDU]: Tun Sie es!)

dass Ihr Antrag ein ernsthafter Prüfauftrag sei. Aber ich muss feststellen: Er ist nichts anderes als ein billiger Versuch unter Vortäuschung falscher Tatsachen. Sie tun hier geradezu so, als hätten Sie die Elektromobilität für den ÖPNV erfunden. Herr Möring, ich muss Sie daran erinnern, dass leider genau das Gegenteil der Fall ist. Am 26. Mai letzten Jahres - das Datum haben Sie ja eben erwähnt - haben SPD und Grüne aus gutem Grund einen Änderungsantrag zu Ihrem Antrag eingebracht, in dem wir gerade die Berücksichtigung des ÖPNV bei der Förderung der Elektromobilität eingefordert haben.

Weiterhin darf ich Sie daran erinnern, was Ihr Kollege Kienitz damals gesagt hat - ich zitiere wörtlich -:

Sie

- also SPD und Grüne -

konzentrieren sich im zweiten Punkt Ihres Antrags primär auf den ÖPNV. Das zeigt, dass Sie auch hier wieder zu kurz denken.

Herr Möring, ich sage Ihnen: Nicht die SPD und die Grünen haben zu kurz gedacht, sondern die

CDU hat viel zu langsam gedacht. Deswegen ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die KVB Sie inzwischen meilenweit überholt hat. Meines Wissens hat sie nämlich Anfang des Jahres eine Projektgruppe eingerichtet, die genau die Fragen, die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, bereits klärt. Wenn das so ist, brauchen wir auch keinen Beschluss zu Dingen, die schon passieren.

Deswegen ist unser Änderungsantrag auch völlig konsequent. Wir erwarten, dass die Prüfung nicht ewig dauert, sondern dass sie in einem überschaubaren Zeitrahmen bleibt, und dass die Ergebnisse dann dort diskutiert werden, wo sie nach den demokratischen Grundregeln unseres Rates auch diskutiert werden sollen, nämlich im Fachausschuss. Das ist in erster Linie der Verkehrsausschuss, aber sicherlich auch der Wirtschaftsausschuss. Deswegen unser Änderungsantrag. Er bringt Ihre Ideen sozusagen in einen vernünftigen Rahmen. Abgesehen davon - ich erinnere noch einmal daran -, es war nicht Ihre Idee, sondern es war unser Änderungsantrag, der das auf den Weg gebracht hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Oberbürgermeister! Zum wiederholten Male versucht die CDU, sich ein grünes Mäntelchen umzuhängen

(Widerspruch bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Pfui!)

und den Rat mit vermeintlich umweltfreundlichen Verkehrsanträgen zu behelligen. Auch dieser Antrag gehört in diese Kategorie. Das Thema „Elektromobilität“ hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Sie versuchen, politisch auf diesen Zug aufzuspringen. Jedoch sind Sie auch in diesem Fall leider zu kurz gesprungen. Sie erwecken nämlich insbesondere in der Begründung den Anschein, dass Elektromobilität gleich klimaschonende Mobilität sei.

(Karsten Möring [CDU]: Ach, komm, hör auf! Nehmen wir halt regenerative Energie!)

Dies ist aber leider nicht der Fall. Denn immer noch werden nicht einmal 20 Prozent des Stroms aus regenerativen Energien gewonnen. Deshalb ist Elektromobilität eben nicht grundsätzlich ökologischer. Doch den Ausbau erneuerbarer Energien hat gerade die CDU mit ihrem Atomprogramm und der Verhinderung von Windkraftanlagen auf Bundes- und Landesebene stark behindert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und auf Kölner Ebene!)

Ohne Sie wären wir da schon ein ganzes Stück weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch verkehrspolitisch macht Ihre Kampagne keinen Sinn. Wenn man sich die Politik der CDU im Bund genau anschaut, stellt man fest, dass die Förderung der Elektromobilität in erster Linie dem Erhalt des Status quo beim Autoverkehr dient, nur dass Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden sollen. Dies ist jedoch weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, da die Herstellung der Batterien sehr teuer ist und wir den wenigen erneuerbaren Strom für andere Dinge benötigen.

Es führt kein Weg daran vorbei: Wer wirklich eine Verkehrspolitik will, die zu besserer Luftqualität, weniger Lärm und mehr Freiraum in der Stadt führt, muss auf andere Verkehrsmittel als das Auto setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Ulrich Breite [FDP]: Pferde! - Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

- Ja! Da könnt ihr noch so viele Anträge stellen. Das ist so. Solange ihr nicht zu dieser Erkenntnis kommt, nützt das alles nichts.

In anderen Bereichen macht der Einsatz von Elektromobilität tatsächlich Sinn.

(Niklas Kienitz [CDU]: Aha!)

Die Förderung von Pedelecs und E-Bikes kann über kurz oder lang zu einer tatsächlich spürbaren Verminderung des MIV führen, insbesondere was die Pendlerströme angeht. Andere Städte sind da deutlich weiter als Köln. Beispielsweise baut Münster jetzt kilometerlange Fahrradschnellstraßen vom Umland bis in die

City und gibt Fahrspuren frei, um einen Umstieg auf Elektrofahrräder zu begünstigen.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich sehe uns beide schon auf dem Fahrrad!)

Auch Kopenhagen, Amsterdam und andere innovative Städte haben damit viel Erfolg bei der Luftreinhaltung und deutlich mehr Lebensqualität erreichen können.

Interessant an Ihrem Antrag ist, dass Sie sich auf Busse beziehen; denn eines wird immer gerne vergessen: Wir haben schon einen großen Anteil an Elektromobilität, und er wird gerade hier in Köln trotz Ihrer verheerenden Verkehrspolitik im Bund immer größer, nämlich die Bahnen der KVB und des Regionalverkehrs.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karsten Möring [CDU]: Das müssen Sie ausgerechnet mir sagen!)

Doch auch dabei wird wie überall, wo die CDU das Sagen hat, in die falsche Richtung gesteuert. Statt dringend benötigte Bundesmittel in den Ausbau der Schieneninfrastruktur zu stecken, werden auch hier in Köln Millionen von Fördergeldern zur Förderung des elektrischen Individualverkehrs ausgegeben. Die Autolobby und die Stromkonzerne lassen schön grüßen.

Wie Sie vielleicht wissen, haben wir bereits im letzten Jahr einen Antrag - Frau dos Santos hat dazu eben ausgeführt - mit diversen Prüf- und anderen Aufträgen an die Verwaltung beschlossen. Dazu gehörte beispielsweise auch der Punkt, die Betriebshöfe von KVB und anderen für Elektrofahrzeuge auszurichten. Insofern ist Ihr Antrag eigentlich schon in Bearbeitung, er schadet aber auch nicht, da der Einsatz von Bussen mit alternativen Antriebsformen in jedem Fall auf die Agenda der Verkehrsbetriebe gehört. Dies und anderes haben wir bereits beschlossen. Ihre darüber hinausgehenden Fragen können in dem Zusammenhang geklärt werden, wie in unserem Änderungsantrag vorgeschlagen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie von der CDU uns mit tatsächlich innovativen Vorschlägen auf den Weg in eine ökologische und menschengerechte Mobilitätspolitik hier in Köln unterstützen würden. In dieser Hoffnung verbleibe ich und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Frau Kirchmeyer. Bitte schön.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin doch etwas überrascht ob der bei meinen beiden Vorrednerinnen herrschenden Aufregung bezüglich des Antrags der Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Am besten, Bettina Tull, ist keine Mobilität; das ist mir schon klar. Freiheit für Fußgänger und Radfahrer. Wunderbar!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ihr hättet besser daran getan, einen Antrag zu stellen unter dem Motto: Freie Fahrräder für alle! Das wäre wahrscheinlich besser gewesen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: „Freie Fahrt für freie Bürger“ heißt das!)

Aber dann hätte der Antrag immer noch auf dem falschen Kopfbogen gestanden; denn auch dieser Antrag wäre vonseiten der Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün bestimmt nicht angenommen worden. Es hat mal wieder die falsche Fraktion den falschen Antrag gestellt. Das kennen wir von der FDP zur Genüge. Wir wissen, wie das geht. Deswegen: Macht euch nichts daraus! Trotzdem: Man soll nie aufgeben.

Ich habe den Antrag der CDU als Anknüpfung an den vom Mai 2011 verstanden, in dem sie gefordert hatte, einiges zu veranlassen und zu prüfen. Der Antrag der CDU knüpft auch deshalb daran an, weil es sich um einen Prüfauftrag handelt, um den zuständigen Menschen endlich zu entlocken, was denn jetzt passieren soll. Es werden Fragen gestellt, und es wird um Antworten gebeten, die uns als Rat vorgelegt werden sollen.

Es hat 14 Tage gedauert, bis den Kollegen von SPD und Grünen aufgefallen ist, dass das nur ein Prüfauftrag ist. Aber weil er, wie gesagt, von der falschen Fraktion kommt, musste schnell noch etwas anderes her, wobei man sich auf den Antrag von damals bezieht. Wenn Sie aber den Antrag noch einmal richtig durchsehen, werden Sie feststellen, dass zwar im ersten Absatz von E-Mobilität die Rede ist, diese sich aber im zweiten Absatz überwiegend auf hybrid- und wasserstoffbetriebene Fahrzeuge bezieht. Das sollte man nicht miteinander vermischen.

Wir von der FDP werden dem CDU-Antrag heute zustimmen, weil wir ihn als Fortsetzung des Antrags und der Beschlussfassung vom Mai 2011 verstehen, und werden den anderen Antrag ablehnen, weil er nur einen freundlichen Hinweis darauf gibt, dass endlich etwas getan werden soll und dass seit März 2011 nichts vorgelegt worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kirchmeyer. - Ich gebe das Wort Herrn Fenske. Er will sich hierzu noch äußern.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn Sie erlauben, möchte ich Ihnen einen ersten kurzen Zwischenbericht geben, diesen aber mit einer Vorbemerkung versehen. Es tut natürlich ein bisschen weh und verletzt auch den Stolz der KVB, wenn hier gesagt wird: Die KVB hinkt technologisch hinterher. Wir sind in der Tat nicht bei jedem Thema das Flaggschiff im deutschen ÖPNV, aber verstecken müssen sich die Kölner Verkehrs-Betriebe auch nicht.

Ich habe versucht, jetzt auf die Schnelle zu bilanzieren, was die KVB unter der Überschrift „Technologie, Technologiepolitik“ zu bieten hat. Dazu fallen mir auf Anhieb drei Beispiele ein:

Erstens. Auf die neue Buswerkstatt schaut die gesamte Fachwelt in Deutschland. Sie ist unter laufendem Rad umgebaut und auch unter ökologischen Kreisläufen etc. sehr gut ausgerichtet worden.

Zweitens. Nur wenigen in dieser Stadt ist bekannt, dass in unserer großen Hauptwerkstatt in Weidenpesch Stadtbahnaufbereitungsarbeiten für viele, viele andere große Unternehmen quer durch Europa gemacht werden. Das ist ein zweites Beispiel dafür, dass das Unternehmen auch technologisch und technisch innovativ ist.

Drittens. Ich darf an das rekordverdächtige Tempo bei der Streckenerweiterung der Linie 5 erinnern. Das innerhalb von nur zehn Monaten hinzubekommen, war eine beachtliche Leistung der KVB.

(Reinhard Houben [FDP]: Das war der Werbeblock!)

Jetzt zum eigentlichen Thema, dem Thema „Elektromobilität“. Die Kölner Verkehrs-Betriebe haben im Herbst letzten Jahres dazu eine Arbeitsgruppe gegründet. Wir gehen davon aus, dass uns im Herbst dieses Jahres ein Ergebnis vorliegen wird. Jetzt können Sie sagen: Das sind aber lange zwölf Monate. Dazu muss ich Ihnen sagen: Der Teufel steckt im Detail. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie auch Herr Möring hier dargestellt hat.

Übrigens hatten wir in Köln schon einmal einen Elektrobus. In den 50er-Jahren fuhr ein Oberleitungsbus, der seinerzeit aus Kostengründen eingestellt worden ist.

Zurück zu den verschiedenen Möglichkeiten. Das Teuerste, was es derzeit am Markt gibt, ist die sogenannte induktive Stromführung; das heißt, der Strom kommt im Grunde aus der Straße über eine Stromschiene. Schauen Sie sich einmal die Stadtbahnsysteme in Frankreich an; dort wurde das schon realisiert. Auch Hamburg will in eine induktive Stromzuführung für den Bus einsteigen. Das Investitionsvolumen beträgt - hören Sie genau zu! - 20 Millionen Euro. 20 Millionen Euro sind aber nur die Infrastrukturkosten für das induktive Element.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Batterietechnologie, aber Schnellladesysteme sind in der Tat noch lange nicht entwickelt.

Wir sind also insgesamt dabei, die gesamte Bandbreite dessen, was es an technischen Möglichkeiten gibt, zu sortieren. Wir und die Branche insgesamt befinden uns zurzeit in einer Art Jäger-und-Sammler-Phase. Aber wir müssen uns auch nicht verstecken. Es gibt zurzeit nur zwei deutsche, wenn ich das etwas süffisant sagen darf, Großstädte, die das gemacht haben: Die eine Stadt ist Offenbach, die kurz vor Weihnachten mit einem Elektrobus - das war übrigens ein Kleinbus mit 23 Sitzplätzen - gestartet ist, diesen aber schon nach wenigen Wochen wieder einstellen musste, weil die Batterie es nicht hergab. Die zweite Stadt ist die Weltstadt Osnabrück, die ebenfalls einen Kleinbus mit 23 Sitzplätzen fahren lässt. Aber das Busangebot, das in Osnabrück vorgehalten wird, wird für Kölner Verhältnissen nicht passen.

Natürlich müssen wir - das ist auch unsere Verpflichtung - sowohl aus ökologischen als auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen mittelfristig und längerfristig eine neue Flottenstrategie aufstellen. Sie sehen ja alle, wohin sich der Dieselpreis entwickelt. Bei dem Verbrauch, den die KVB hat, ist der Dieselpreis nicht ohne.

Insofern suchen wir nach der richtigen Lösung. Eine einfache und schnelle Lösung wird es bei diesem Thema nicht geben. Vom Öko-Institut Freiburg kam letzte Woche eine bemerkenswerte Stellungnahme, die sehr deutlich relativiert hat, was das Thema Elektromobilität tatsächlich bringt.

Erlauben Sie mir noch einen letzten Satz. Eminent wichtig für unsere Branche, für unsere KVB und auch für den städtischen Haushalt ist Folgendes: Wer das Thema Elektromobilität in dieser Stadt weiter bewegen will, braucht die finanzielle Grundlage über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Denn daraus finanzieren wir den großen Beitrag der Elektromobilität. Erlauben Sie mir, dass ich hier mit einem gewissen Temperament sage: Es besteht eine Schieflage in den Bund-Länder-Verhandlungen. Es ist ernsthaft zu befürchten, dass beim GVFG gestrichen wird, während 1 Milliarde Euro an Fördergeldern für die automobile Elektromobilität bereitgestellt werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist der Skandal!)

Ich glaube, wir müssten uns gemeinsam aufmachen und auch im Interesse des Stadthaushaltes dem Bundesfinanzminister deutlich signalisieren: Das kann nicht sein; denn diese Elektromobilität ist erprobt. Sie erreicht übrigens ungefähr 20 Millionen Fahrgäste in Deutschland pro Tag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Fenske, für die ergänzenden Informationen.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für den Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den endgültigen Antrag. Wer für den Antrag in der Form des gerade beschlossenen Änderungsantrages ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wiederum die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist er so angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, gerade noch rechtzeitig vor Weihnachten:

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung touristischer Magnete zwischen Weihnachten und Dreikönig" AN/0154/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Weihnachten kommt ja immer überraschend. Damit uns das als Stadt Köln nicht wieder passiert, sind wir jetzt nach den Winterferien wieder mit diesem Thema beschäftigt, auch ausgelöst durch Presseberichterstattungen, die wir, wie Sie bei der Lektüre der Sitzungsunterlagen feststellen konnten, unserem Antrag sehr großzügig beigefügt haben. Lassen Sie mich zwei Zitate daraus aufgreifen, um Ihnen die Initialzündung für unseren Antrag deutlich zu machen.

In der *Kölnischen Rundschau* vom 14. Dezember heißt es:

Der Hotel- und Gaststättenverband wie auch Kölntourismus sprechen sich dafür aus, die Weihnachtsmärkte wie in Wien über den Heiligen Abend hinaus bis in den Januar hinein auszudehnen.

Verbunden mit einem Kulturfestival könnten die kleinen Dörfer als Wintermärkte auch in der Zeit zwischen den Jahren Magnetkraft für Touristen und Einheimische entfalten.

Es folgt ein Zitat von Herrn Becker von der DEHOGA:

Viele Menschen haben erst nach Weihnachten Zeit, einen solchen Markt überhaupt zu besuchen.

Außerdem finden Sie unserem Antrag beigefügt ein Interview des *Kölner Stadt-Anzeigers* mit Herrn Sommer, dem Kölntourismus-Chef vom 5. Dezember, in dem Herr Sommer sagt:

Die Weihnachtsmärkte enden am 23. Dezember. Aber viele Veranstalter von Winterreisen machen Angebote bis zum 6. oder 7. Januar. Da fehlt es in Köln an entsprechenden Konzepten.

Das war für die FDP der Anlass, dieses Thema noch einmal aufzugreifen. Wir haben das schon einmal vor Jahren hier getan, mit durchaus überschaubarem Erfolg. Wir glauben aber nach wie vor, dass es wichtig ist, den Empfehlungen dieser Fachleute zu folgen und hier in Köln entsprechende Angebote zu schaffen. Zu diesem Ergebnis kam übrigens auch das Kölner Tourismusforum in 2008. Auch das haben wir in unserem Antrag dargestellt.

Jetzt müsste man denken, wenn solche Fachleute wie die von der DEHOGA und von Kölntourismus ein solches Konzept, ein solches Angebot einfordern, müsste es hier im Rat eigentlich eine breite Mehrheit dafür geben. Ich habe so meine Bedenken, ob das heute der Fall ist. Denn leider ereilt die von Herrn Sommer und Herrn Becker propagierte Idee nun das Pech, dass sie in Form eines Antrags von der FDP eingebracht wurde. Die Vorredner haben ja eben schon beim Antrag zur Elektromobilität gesagt: Wenn der Antrag von der falschen Seite kommt, ist es hier manchmal schwer, eine Mehrheit dafür zu bekommen.

Klar, für die Grünen ist alles suspekt, was eine Belebung der Innenstadt ausmachen könnte. Die SPD legt leider eine zu große Gleichgültigkeit an den Tag. In den vergangenen Jahren musste immer der Kollege Alfred Schultz hier nach vorne kommen und solche Sachen schlechtmachen,

(Martin Börschel [SPD]: Das war der wirtschaftspolitische Sprecher, Herr Kollege! Ihr mögt das geringschätzen, aber bei uns ist das anders!)

wofür er sich dann im Nachhinein im Vieraugengespräch entschuldigt hat. Aber ihr werdet sicher schon ein neues Opfer gefunden haben, das die Sache heute kleinreden wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Die FDP will nicht einfach eine Verlängerung der Weihnachtsmärkte. Nein, wir wollen ein Konzept, das die von Herrn Sommer angesprochenen Aspekte aufgreift und Angebote zwischen Weihnachten und Dreikönig enthält. Es geht darum, Erfahrungen aus Städten wie Wien oder Lübeck - den Markt dort habe ich selber einmal besucht - einzubeziehen, Fachleute sowohl

außerhalb als auch innerhalb der Verwaltung breit zu beteiligen und möglicherweise sogar externen Sachverstand hinzuziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie haben sich ja in den vergangenen Jahren einiges einfallen lassen, um der Kölner Wirtschaft gerade in den Segmenten Hotellerie, Gastronomie, Dienstleistungen und Handel Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ich denke an die heute schon erwähnte Gewerbesteuererhöhung, an die Schneesteuer oder an die Bettensteuer, die Sie hier erfunden haben. Wir als Stadt Köln schöpfen, auch wenn Ihr Landesminister etwas anderes glauben machen will, die vier verkaufsoffenen Sonntage nicht aus. Darüber freut sich insbesondere das Umland, das dann entsprechende Angebote in Frechen, in Rösrath oder in Hürth macht. Jetzt wird sogar darüber nachgedacht, den Ladenschluss hier in Köln einzuschränken, wieder eine Maßnahme gegen den Handel.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das die falsche Rede? Das ist zum nächsten TOP!)

Es wäre jetzt an der Zeit, dass Sie hier eine Maßnahme umsetzen, dass Sie hier etwas Gutes mit anstoßen: für die Gastronomie, für den Handel und für die Dienstleistungen. Das würde Köln guttun.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen: Nehmen Sie diesen Vorschlag nicht als Geisel, nur weil er von der FDP gemacht worden ist! Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie der Maßnahme zu! Wie sie dann ausgestaltet wird, wird das noch zu erarbeitende Konzept zeigen. Darüber können wir dann immer noch streiten. Jetzt geht es erst einmal darum, der Verwaltung ein „Go!“ zu geben. Ich glaube, das haben die Stadt Köln und die Kölner Wirtschaft verdient. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Herr van Geffen, bitte.

(Zuruf von der FDP: Ach, der ist jetzt der Nachfolger! Das Opfer! - Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]: Bei der FDP darf der wirtschaftspolitische Sprecher nicht reden! Da ist er nämlich nichts wert!)

Jörg van Geffen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In zwei Tagen startet mit Weiberfastnacht die heiße Phase des Straßenkarnevals, und doch habe ich, seitdem ich den FDP-Antrag gelesen habe, eher das schöne Weihnachtslied: „Alle Jahre wieder“ im Ohr. Das passt auch irgendwie.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das stimmt! - Martin Börschel [SPD]: Aber das Lied ist schön!)

Denn der Antrag, über den wir hier im Augenblick diskutieren, entspricht im Kern einem Antrag der FDP-Fraktion vom 2. Februar 2010. Damals haben Sie die Verlängerung der Weihnachtsmärkte gefordert, heute heißt es etwas blumiger: Schaffung touristischer Magnete zwischen Weihnachten und Dreikönig. Sehr schön! Etwas länger ist Ihr Antrag diesmal ausgefallen, aber im Kern ist es der gleiche Antrag. Die Kreativität der FDP zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und des Reiseziels Köln hält sich offenbar in sehr überschaubaren Grenzen.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Ralph Sterck [FDP]: Wir sind auf Ihre Vorschläge gespannt!)

Die Kölner Weihnachtsmärkte sind weit über die Grenzen unserer Stadt bekannt und beliebt. Darüber freuen wir uns alle. Sie ziehen sehr, sehr viele Besucher an. Das wird niemand ernsthaft bezweifeln. Das gilt sicherlich in noch weit höherem Maße für den Karneval. Und danach? Im März findet die Lit.Cologne statt, im April der Radklassiker „Rund um Köln“, im Juli der CSD und die Kölner Lichter, um nur einige der bekanntesten Top-Events zu nennen, die wir nicht nur in diesem Jahr in unserer Stadt haben werden. Ein Public Viewing zur Fußball-EM ist natürlich auch wieder angedacht. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Zu all diesen Veranstaltungen strömen nicht nur die Kölnerinnen und Kölner, sondern auch viele Besucherinnen und Besucher von nah und fern. An Top-Events mangelt es uns in Köln also wahrlich nicht.

Führt man sich diesen Umstand vor Augen, muss man sich fragen, warum man, namentlich die FDP-Fraktion, auf Biegen und Brechen ein weiteres Event zwischen Weihnachten und Karneval unterbringen muss. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, führen in erster Linie kommerzielle Gründe an. Aber es gilt, hier eine Abwägung zu treffen; denn

eine Stadt, in der beinahe pausenlos große und sehr große Veranstaltungen stattfinden, muss auch einmal ein wenig Luft holen können.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gönnen Sie der Stadt, gönnen Sie den Kölnerinnen und Kölnern nach Weihnachten und der im Vorfeld damit verbundenen Hektik doch ein paar ruhige Tage! Berechtigte wirtschaftliche Interessen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie das Konsuminteresse von Touristen sind das eine; die genauso berechtigten Interessen zum Beispiel der Anwohner in der Innenstadt sind das andere.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir als SPD-Fraktion sind nachdrücklich für eine bewusste Ruhepause in der Stadt. Wir sind für eine kurze Phase der Entschleunigung. Wir sind für Erholung und fürs Durchatmen. Da muss auch der Kommerz einmal eine Ruhepause einlegen.

Wer dennoch Unterhaltung sucht, findet auch in dieser Zeit jede Menge Angebote aus den unterschiedlichsten kulturellen Bereichen. Daneben ist Köln auch ohne einen konstruierten Dreikönigs- oder Wintermarkt eine Top-Adresse für Shopping, auch in der Zeit nach Weihnachten. In Ihrer Begründung ist von den Heiligen Drei Königen und dem Krippenweg die Rede. Beides ist bereits heute und im Fall der Heiligen Drei Könige bereits seit Jahrhunderten für zahllose Gläubige Grund genug, unsere Stadt gerade in dieser Zeit zu besuchen. Im Übrigen gibt es in dieser Zeit noch ein weiteres Event, das viele Menschen nach Köln zieht, eben weil bekannt ist, dass die Kölnerinnen und Kölner zu feiern verstehen. Ich spreche vom Event Silvester. Auch ohne Wintermarkt ist also in unserer Stadt zwischen Weihnachten und dem Dreikönigstag jede Menge los.

Wir Sozialdemokraten werden heute Ihren Antrag wie auch vor zwei Jahren, damals gemeinsam mit den Grünen, der CDU, den Linken sowie den Kollegen Zimmermann und Dr. Müser, ablehnen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Koke, bitte.

Klaus Koke (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie mein Vorredner gerade festgestellt hat: Alle Jahre wieder. In der Tat, das kann man so sagen. Vor genau zwei Jahren haben wir einen sehr ähnlichen FDP-Antrag auf Verlängerung der Weihnachtsmärkte hier im Rat ausgiebig diskutiert.

(Ralph Sterck [FDP]: Kommt in zwei Jahren auch wieder, können Sie sicher sein! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber langweilig!)

- Genau, das wird dann langweilig. - Unsere Fraktion hat ihre Meinung zu diesem Thema nicht geändert. Neue Erkenntnisse, die ein Umdenken rechtfertigen würden, konnten in den letzten zwei Jahren nicht gewonnen werden.

Zum Thema. Schaffung touristischer Magnete in Köln: prinzipiell ja; dies zwischen Weihnachten und Dreikönigstag am 6. Januar: nein. Am 23. Dezember werden nach 32 Tagen Betriebsamkeit - im Vorjahr von Montag, dem 21. November, bis Freitag, dem 23. Dezember - die Stände des Weihnachtsmarktes geschlossen. Ein Tag vor Heiligabend im heiligen Köln, und das ist gut so! Der Besuchererfolg der Kölner Weihnachtsmärkte ist absolut unstrittig und kommt der Kölner Seele, der Gastronomie, dem Einzelhandel und damit der ganzen Stadt zugute.

Die Zeit nach den Weihnachtstagen bis zum Dreikönigstag - wir reden hier von einer Zeitspanne von nicht einmal 14 Tagen - ist unseres Erachtens ohnehin ausgefüllt: Nach den Feiertagen beginnen die obligatorischen drei Umtauschtage - nach Aussage des Einzelhandelsverbands ist die Innenstadt zu dieser Zeit überfüllt -, dann ist Silvester, wie schon mein Kollege von der SPD festgestellt hat, und ab 2. Januar beginnt in Köln die fünfte Jahreszeit mit etlichen Karnevalssitzungen. Wie wir alle wissen, ist der Karneval in Köln ebenfalls ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wenn wir einer Verlängerung zustimmen würden, liefe das darauf hinaus, dass christliche Feste und Brauchtum nur noch unter dem Aspekt Kommerz zu sehen sind. Und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU)

Für uns stellt sich die Frage: Warum Verlängerung einzelner Weihnachts- bzw. Wintermärkte? Was soll auf den vorgeschlagenen Wintermärkten inhaltlich überhaupt angeboten werden? Christbaumschmuck, Weihnachtskrippen wären nicht mehr saisongemäß. Ein Weihnachtsartikel-Schlussverkauf ist ebenfalls nicht erstrebenswert. Alternative Köln-Artikel gibt es in einer Vielzahl von Geschäften rund um den Dom und in der Altstadt. Mir fehlen auch die emotionalen Gründe, nach Weihnachten auf einen weihnachtsmarktähnlichen Markt zu gehen.

Das Beispiel Wien passt in diesem Zusammenhang wirklich nicht. In Wien gibt es einen Wintermarkt am Riesenradplatz, der vom 19. November bis zum 8. Januar abgehalten wird. Der Wintermarkt am Riesenradplatz im Wiener Prater gewinnt seinen Charme dadurch, dass er in einer außergewöhnlichen Idylle und einem nostalgischen Ambiente unter dem hell erleuchteten Riesenrad stattfindet.

(Zuruf)

- Ja, wenn Sie da waren, dann wissen Sie, dass dieser Markt von allem anderem lebt, nur nicht vom Kommerz. - Da der Riesenradplatz mit einem mitreißenden Show-Programm auch eine Station des Wiener Silvesterpfades ist, stürmen jedes Jahr Tausende Besucher aus aller Welt den Wiener Prater,

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

aber sie kommen nicht zum Wintermarkt. Die Marktsaison beginnt in Wien mit dem Fastenmarkt - man könnte auch sagen: Ostermarkt -, der heuer von Mittwoch, dem 22. Februar, also Aschermittwoch, bis Ostermontag geht. Ob dies eine Option für Köln und die Kölner Marktkultur sein kann, wird unsere Fraktion als Prüfantrag in den nächsten Wirtschaftsausschuss einbringen. Dort können wir das diskutieren, auch unter wirtschaftlichen Aspekten.

(Lachen bei der FDP - Ralph Sterck [FDP]: In der christlichen Fastenzeit! Das ist ja unglaublich!)

Die Idee eines Kulturfestivals rund um die Heiligen Drei Könige könnten wir nur dann unterstützen, wenn dies kostenneutral im städtischen Haushalt dargestellt werden könnte. Ob die paar Tage bis zum Dreikönigstag der richtige Zeitpunkt dafür sind, mögen dann die

Sponsoren, die dieses Kulturfestival finanzieren, entscheiden. Dieses Festival sollte dann aber so bedeutend und inhaltsvoll sein, dass auch Besucher aus dem Umland nach Köln kommen. Wir würden es zweckmäßig finden, das Thema Kulturfestival aus dem Prüfantrag auszugliedern, es einzeln, gerne auch als ersten Aufschlag im Wirtschafts- oder im Kulturausschuss, zu diskutieren und danach noch andere Ausschüsse einzubinden, bevor ein schlüssiges Konzept abschließend hier im Rat vorgestellt wird. Aufgrund der angespannten Haushaltslage möchten wir Sie darum bitten, vorläufig keine Mittel für dieses Projekt in den Haushalt einzustellen, um nicht wieder ein neues Finanzierungsloch aufzumachen.

Mit diesen guten Argumenten lehnt die CDU-Fraktion diesen Antrag ab. Fazit: Man sollte die Feste feiern, wie sie fallen, aber irgendwann muss Schluss sein. Sonst liegt uns demnächst ein Antrag vor, den Karneval über den Aschermittwoch hinaus zu verlängern, weil das ja so wirtschaftlich sei und viele Besucher nach Köln ziehe. In diesem Sinne. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Frau Thelen, bitte.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Kollegen van Geffen und Koke haben schon vieles gesagt, was auch mir auf der Seele lag. Beide haben begonnen mit den Worten: Alle Jahre wieder. Das steht auch auf meinem Zettel an erster Stelle.

Alle Jahre wieder traktiert die FDP den Kölner Rat mit ihren beiden Lieblingsthemen, nämlich der Bespielung der zentralen Kölner Plätze und – dazu kommen wir gleich noch – den Ladenöffnungszeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Wer sonst nichts hat!)

Vor genau zwei Jahren - wir haben es eben schon gehört - war das Thema Verlängerung - -

(Ralph Sterck [FDP]: Sie sollen Ihre Rede nicht ablesen, sondern jetzt darauf reagieren, was hier dazu gesagt worden ist! - Gegenruf von Jörg Frank

[Bündnis 90/Die Grünen]: Macht bessere Anträge! - Weiterer Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Erst mit einem alten Antrag nerven und dann meckern!)

- Es ist ja schön, dass Sie mich hier belehren wollen. Dafür stehe ich hier.

Sie haben eben gesagt, Herr Sterck, dass Ihr Antrag hier bereits vor zwei Jahren mit breiter Mehrheit abgelehnt worden ist.

(Ralph Sterck [FDP]: Haben Sie meinen Antrag gelesen, oder hat Ihnen die Rede ein Referent aufgeschrieben?)

Habe ich das Wort, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, lassen Sie Frau Thelen bitte Ihre Rede fortführen.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Unsere Argumente sind wie Ihre vor zwei Jahren die gleichen. Am 23. Dezember reicht es mit den Weihnachtsmärkten. Sowohl für die Anwohner als auch für die Innenstadtplätze ist es hilfreich, wenn dort Ruhe einkehrt, wenn auch nur die Ruhe vor dem Sturm, die Ruhe vor dem Karneval.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben dankenswerterweise den Anlagen zu Ihrem Antrag einen Kommentar aus der *Kölnischen Rundschau* beigefügt, der richtig beschreibt - ich zitiere -:

Die Anziehungskraft der Märkte liegt in ihrer zeitlichen Begrenztheit. Rund ein Monat Budenzauber in der Stadt, das sollte schon reichen, um den Behaglichkeitsspeicher aufzufüllen.

Weiter heißt es dort:

Die Verlängerung würde das Angebot insgesamt entwerten.

Ich finde, das trifft es genau auf den Punkt. Dass verlängerte Weihnachtsmärkte in anderen Städten zu mehr Tourismus führen, muss erst noch bewiesen werden; denn bei Städtereisen in den Weihnachtsferien sind Städte in Südeuropa klimatisch klar im Vorteil.

Wir haben ein Platzkonzept, das Ihnen zwar nicht gefällt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das aber für Qualität und für den Schutz der Anwohner sorgen soll. Auf dem Roncalliplatz beispielsweise sind über das Jahr sechs Veranstaltungen erlaubt. Wir müssten also von einer anderen Kulturveranstaltung auf diesem Platz im Sommer Abschied nehmen. Ähnliches gilt für Alter Markt, Heumarkt und Neumarkt.

Richtig ist, dass die Anzahl der Touristen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Es ist richtig und wichtig, Angebote und Attraktionen zu schaffen für Zeiten, in denen Köln schwächer besucht ist. Das betrifft aber nicht nur den Jahresbeginn, sondern auch die Zeit vor Ostern. Über ein attraktives Kulturfestival in dieser Zeit nachzudenken, wäre wesentlich sinnvoller, als es in der Zeit zwischen Weihnachten und Dreikönig vorzusehen.

Wir werden im Rahmen des Markenprozesses, der mit einer tollen Veranstaltung in der letzten Woche eingeleitet worden ist, auch untersuchen, aus welchen Motiven die Touristen nach Köln kommen. Diese Ergebnisse sollten wir abwarten und dann daraus unsere Schlüsse ziehen. Was sind unsere touristischen Stärken? Wie können wir diese ausbauen? Wie kommunizieren wir die touristischen Highlights werblich? Was kostet eine zielgenaue Werbung, und wer bezahlt das?

Wir sollten uns weiterhin darum bemühen, ein abgestimmtes Kulturmarketing für Köln, insbesondere für die Wintermonate und die Zeit vor Ostern, auf die Beine zu stellen. Auch zum Thema gemeinsame Aktivitäten von Kulturinstitutionen und Kölntourismus - da liegt ja einiges im Argen - werden wir als Grüne aktiv werden.

Fazit: Der FDP-Antrag ist viel zu kurz gegriffen und falsch, was das Thema Budenzauber im Januar angeht. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, wollen Sie es vom Platz aus machen? - Nein. Es ist schon so viel gesagt worden.

(Helmut Jung (CDU): Aber noch nicht von jedem!)

Aber bitte, ich will Sie nicht daran hindern.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich weiß das doch, Herr Oberbürgermeister! Wir verstehen uns doch! Zunächst einmal will ich sagen: Ich finde es ganz toll, dass hier so oft die Stadt Wien genannt worden ist. Wie Sie wissen, hat unsere Fraktion hat ja enge Beziehungen dorthin. Die FPÖ hat bei der letzten Kommunalwahl in Wien 27,5 Prozent erreicht. Das werden wir beim nächsten Mal schaffen, und dann wird es vielleicht in Köln auch besser laufen. Also: Herzlichen Dank für Ihre nette Einführung zu diesem Thema.

Ich kann eines nicht verstehen: Wir haben eben eine Aktuelle Stunde vom selben Antragsteller gehabt, in der er mokiert hat, die Stadt würde nicht genug sparen. Wenn ich diesen Antrag ernst nehme, dann wollen Sie die Verwaltung beauftragen, tätig zu werden. Dafür muss sie ja Geld ausgeben. Das wird so sein, wenn das, was Sie hier vorlegen, sinnvoll ist. Die Stadtverwaltung soll also etwas initiieren, und sie soll das gemeinsam mit anderen tun; das haben Sie ja in Ihrem Antrag so geschrieben. Da frage ich mich: Wie passt das Ganze zusammen? Überlassen Sie das doch von den Leuten, die ein solches Highlight schaffen wollen. Es kann doch nicht sein, dass die Stadtverwaltung hier jetzt eine Art Kasperletheater aufführt, damit Köln attraktiver wird.

Uns geht es darum - wir sind dem Anliegen nicht grundsätzlich abgeneigt -, dass die Stadtverwaltung außen vor bleibt und die Initiative von denen ausgeht, die das angeregt haben. Diese Leute können das durchaus selber machen. Sie können ja ihr Konzept dann dem Rat vorlegen. Aber wir halten es für falsch, dass jetzt die Stadtverwaltung federführend wieder Geld in die Hand nimmt und dafür ein großes Konzept entwirft. Ich nehme an, dass dieses Konzept dann auch vorfinanziert werden muss, schon damit viele Veranstalter darauf einsteigen und nicht sagen: Ich weiß ja gar nicht, ob sich das für mich lohnt.

Vor diesem Hintergrund wären wir sehr dankbar, wenn Sie das noch einmal überdenken und die Sache kostenneutral gestalten würden. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, aber nur ganz kurz. Das ist ein Thema, das eigentlich in den Wirtschaftsausschuss gehört. Wir haben es jetzt schon sehr ausgiebig hier besprochen.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, entschuldigen Sie, dass wir selbst entscheiden, welche Anträge wir hier stellen. Da brauchen wir, glaube ich, von der Verwaltung keine Nachhilfe.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Jetzt komm aber mal runter!)

- Ja, ich meine, das gehört dann auch mal gesagt.

Lassen Sie mich hier zum Abschluss noch Folgendes sagen: „Alle Jahre wieder“ stand zwar nicht auf meinem Zettel, aber ich hatte es ja eingangs ähnlich formuliert. Ich hoffe, Sie haben sich das nicht nur von Ihren Referenten aufschreiben lassen, sondern haben auch festgestellt, dass unser aktueller Antrag eine Weiterentwicklung unseres damaligen ist. Es geht uns eben nicht mehr darum - das habe ich auch in meiner Rede vorhin gesagt -, Weihnachtsmärkte zu verlängern, sondern uns geht es insbesondere um den Aspekt, den Herr Sommer angesprochen hat, nämlich ein Konzept für ein Kulturfestival zu entwickeln. Das war unser Ansinnen. Das ist leider hier nicht richtig durchgedrungen.

Ich wundere mich schon über einige Wortbeiträge, die wir uns hier anhören mussten. Herr Koke, ich muss sagen, ich habe Sie nicht so ganz verstanden. Sie sagten: Kulturfestival, ja. Auch einem Fastenmarkt schienen Sie nicht abgeneigt zu sein, wobei ich nicht weiß, wie Sie den mit den christlichen Gefühlen im heiligen Köln in Einklang bringen wollen. Das passt für mich nicht so ganz zusammen.

Dass gerade Sie, Frau Thelen, als Vorsitzende des Aufsichtsrates von Kölntourismus die Vorschläge Ihres - in Anführungszeichen - eigenen Unternehmens in der Form abbügeln, wundert mich schon. Das muss ich Ihnen sagen, Frau Thelen. Ich meine, Herr Sommer ist ja nicht irgendein Angestellter vorne an der Theke im Tourist Office unter fetten Hennen, sondern er ist der Chef von diesem Laden, dessen Aufsichtsratsvorsitzende Sie sind. Und wenn Sie am Ende sagen, das sei von der FDP zu kurz gegriffen, dann halte ich Ihnen entgegen: Ich bin ja mal gespannt auf die Vorschläge von SPD und Grünen. Ausgerechnet Sie, die es noch nicht einmal schaffen, einen einzigen Antrag in eine solche Ratssitzung einzubringen,

(Beifall bei der FDP)

werfen den Kollegen von CDU und FDP vor, sie würden hier nicht die richtigen Vorschläge

einbringen. Machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben! Dann können wir uns unterhalten, ob unsere Anträge vielleicht zu kurz gegriffen sind. Dann beschäftigen wir uns einmal mit Ihren Initiativen. Die fehlen in diesem Rat nämlich leider seit mehreren Sitzungen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Thelen, bitte.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Nur ganz kurz dazu: Wenn Sie die Presseartikel, die Sie uns dazu gelegt haben, gründlich gelesen hätten, Herr Sterck, hätten Sie festgestellt, dass Herr Sommer im Interview des *Stadt-Anzeigers* zum Thema Weihnachtsmärkte auf die Frage, ob er denn für eine Verlängerung des Weihnachtsmarktes sei,

(Ralph Sterck [FDP]: Nein, das sind wir auch nicht! Sie haben überhaupt nicht unseren Antrag gelesen! Das sind wir doch auch nicht! - Ulrich Breite [FDP]: Sie hat den Antrag gar nicht gelesen!)

antwortet: „Nein, das gerade nicht.“ Wir wollen ein Kulturfestival.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie haben nur Ihre Rede von vor zwei Jahren wiederholt! Sie haben sich den Antrag gar nicht durchgelesen! Sonst könnten Sie so etwas gar nicht sagen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der FDP. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Aufstellung eines Gebührensicherungskonzeptes" AN/0124/2012

Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Unser Antrag sieht vor, ein Gebührensicherungskonzept aufzustellen. Wir haben eben gehört, dass die Verwaltung wohl nur noch eine Möglichkeit sieht, den Haushalt halbwegs genehmigungsfähig zu bekommen, nämlich indem die Einnahmen erhöht werden. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass die stadt eigenen Betriebe, die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürger erbringen wie zum Beispiel die Verkehrsbetriebe oder die Energiebetriebe, ihre Gebühren um ein Maß erhöhen, das sie nicht nur in die Lage versetzt, ihre Leistungen zu erbringen, sondern gleichzeitig auch Gewinne in einer Quertransferierung an den Stadthaushalt abzuführen. Das möchten wir nicht. Wir möchten nicht, dass die Bürger hier auf kaltem Wege zur Ader gelassen werden.

(Beifall bei pro Köln)

Wir möchten, dass die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Geld behalten können und nur das bezahlen, was für die Leistungserbringung tatsächlich nötig ist. Es handelt sich ja nicht um Steuern, sondern es handelt sich hier um Gebühren.

Wir als Mitglieder des Rates haben in diese stadt eigenen Betriebe, die früher einmal ganz normale Ämter waren, die wir kontrollieren konnten, Aufsichtsratsmitglieder entsandt, die dort den Vorstand kontrollieren bzw. als Mitunternehmer das Unternehmen führen. Wir möchten, dass aufgrund eines Weisungsbeschlusses, den wir hiermit beantragen, nur noch Gebührenerhöhungen zulässig sind, damit die Leistungen tatsächlich erbracht werden können, nicht aber um Gewinne zu erwirtschaften, die dann an die Stadt Köln umgelenkt werden, um hier die Haushaltslöcher zu stopfen.

Wir möchten, dass es allen Mitbürgern weiterhin möglich ist, mit der KVB zu fahren. Es ist ja ein offenes Geheimnis, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich das gar nicht mehr in dem Umfang leisten können, wie sie es eigentlich tun möchten. Es ist ja kein Geheimnis, dass in unserer Stadt die Energiekosten so hoch sind, dass viele Bürger sie nicht mehr tragen können. Sie trauen sich zwar nicht darüber zu reden, aber das ist tatsächlich so. Wir können doch nicht zulassen, dass gerade diese Leute dennoch mit dazu beitragen müssen, unseren Haushalt auszugleichen, nur weil man hier die Aufgaben nicht richtig regelt, nur weil hier die

Kosten in der Verwaltung weglaufen. Das geht unserer Meinung nach nicht.

Darum fordern wir hier einen Weisungsbeschluss, der beinhaltet: Wenn überhaupt eine Gebührenerhöhung, dann nur eine, die innerhalb der Inflationsrate für das Jahr 2011 gerechtfertigt ist. Und: Selbstverständlich sollen Unternehmen nicht zur Querfinanzierung missbraucht werden. Damit würden wir unseren Bürgern einen guten Gefallen tun. Das ist auch unsere Aufgabe. Ich bitte Sie um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Resolution für die Beibehaltung der bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie im Einzelhandel bewährten Ladenöffnungszeiten" AN/0155/2012

Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Sie drücken auf den Startknopf, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das habe ich schon getan.

Reinhard Houben (FDP): Das war jetzt aber ein bisschen kurz. Jetzt bin ich wieder bei null, Herr Oberbürgermeister.

(Niklas Kienitz (CDU): Bei null seid ihr noch nicht! Bei zwei seid ihr! - Heiterkeit)

- Danke für die freundliche Begrüßung durch die CDU-Fraktion. Ich möchte Sie fragen, wie Sie noch bürgerliche Politik in Bund und Land umsetzen wollen, wenn es uns nicht mehr gibt. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel
(SPD): Das war jetzt aber weitsichtig!
Fast philosophisch!)

- Genau. Man muss sich die strategischen Ziele immer langfristig überlegen, bevor man etwas laut von sich gibt, Herr Börschel. Das haben manche schon begriffen, andere wiederum noch nicht. Da teilt sich halt die Spreu vom Weizen.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt zum Thema kommen: Ladenöffnungszeiten. Ich freue mich schon auf den Beitrag von Herrn van Geffen. Wahrscheinlich wird wieder in altbekannter Form gesagt, ihr seid zu früh oder ihr springt zu kurz. Irgendein Referent scheint den Begriff „zu kurz springen“ unheimlich gut zu finden. Man hört das jedenfalls in den Reden hier immer öfter. Wahrscheinlich werden Sie uns wieder erklären, dass unser Antrag nicht nötig sei, weil das Thema von Düsseldorf aus zufriedenstellend gelöst werden wird.

Warum ist das ein Dauerthema für uns? Weil wir festgestellt haben, dass es den Leuten guttut, dass es ihnen gefällt und dass es auch unserer Stadt guttut. Deswegen machen wir bei diesem Thema weiter.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt nun eine ausführliche Diskussion zu diesem Thema. Deswegen will ich an dieser Stelle ein paar Zahlen nennen. Von 2007 bis 2011 hat es 39 000 Beschäftigungsverhältnisse mehr im Einzelhandel gegeben, davon 26 000 sozialversicherungspflichtige.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

Es ist hier also nicht die Rede von den berüchtigten 400-Euro-Kräften, sondern von 26 000 voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist in dieser Zeit um 26 Prozent gestiegen. „Einzelhandelskaufmann“ ist damit eines der beliebtesten Berufsbilder überhaupt. Das zeigt auch, dass die angeblich so schlechten Arbeitsbedingungen, weil man vielleicht mal sonntags oder mal besonders lange arbeiten muss, die Menschen offensichtlich nicht abschrecken. Daher glaube ich, dass es sich lohnt, für dieses Thema weiter zu kämpfen.

Der Tourismus wird gestärkt. Gerade durch die Sonntagsöffnungszeiten ist es den kleineren Zentren möglich, auch einmal ein wenig Rahm von der City abzuschöpfen. Deswegen ist es für uns ganz besonders wichtig, dass wir nicht nur

bei den normalen Öffnungszeiten, sondern gerade auch beim Thema Sonntagsöffnung die Linie beibehalten, die seinerzeit von der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf beschlossen worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist so ähnlich wie mit den Sonntagsbrötchen. Jeder kauft sie und findet das inzwischen vollkommen normal. Auch für dieses Ziel haben wir lange kämpfen müssen, wir sind dafür belästert und belächelt worden. Ich glaube, so wird es am Ende auch mit dem Ladenschluss sein. Alle werden es nutzen, und keiner will mehr wissen, wer ihn durchgesetzt hat - die FDP.

Falls Sie jetzt sagen, wir brauchen das doch jetzt nicht zu entscheiden, will ich Ihnen einige schöne Zitate vorhalten. Alfred Schultz hat in der Sitzung am 19. November 2009 gesagt:

... verkaufsoffene Sonntage in der Innenstadt sind für eine Metropole wie Köln richtig und auch wichtig.

Er hat damals auch gesagt: Im Rahmen des Modells „21 plus 3“ gibt es ausreichend Konstellationen, dass alle Stadtteile profitieren können.

Herr Frank hat in derselben Sitzung gesagt, es sei wichtig für die Stadtteilzentren, dass wir Sonntagsöffnungen haben, um sich auch gegenüber dem Einzelhandel in der City durchsetzen zu können.

Was haben wir seitdem in Köln erlebt? Wir hatten einen vorauseilenden Gehorsam beim Stadtdirektor festzustellen. Wir haben Lösungen gefunden, die hinter dem kölschen Kompromiss - so will ich es einmal nennen; denn es waren ja im Grunde nur drei Sonntagsöffnungen - zurückblieben, weil wir dachten, das Land würde eine Entscheidung treffen. Wir haben dann beantragt: Gebt den Leuten Sicherheit und lasst uns zumindest über ein Jahr abstimmen. Das ist abgelehnt worden. Wir werden gleich eine Vorlage beraten und entscheiden, in der es um die Sonntagsöffnungszeiten im zweiten Quartal geht. Die Verwaltung hat im Wirtschaftsausschuss schon angekündigt, demnächst auch noch eine Vorlage für das zweite Halbjahr zu machen. Wenn Sie unserem Vorschlag damals gefolgt wären, wären wir schneller zu dem Ergebnis gekommen, was wir jetzt de facto bekommen werden.

(Ralph Sterck [FDP]:
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen!)

Alle hätten schneller und besser arbeiten können. Alle hätten besser reagieren können. Aber das war offensichtlich nicht gewünscht.

Ich glaube, inzwischen merken die Fraktionen im Düsseldorfer Landtag, dass dieses Thema kein Gewinnerthema ist. Es gibt noch keine vernünftigen Vorlagen geschweige denn einen Gesetzesentwurf. Man zieht sich zurück zu Beratungen. Es gibt eine Internetumfrage der Grünen, wo man entscheiden kann. Die Zeitungen schreiben, dass alle Leute es eigentlich so haben wollen, wie es jetzt ist.

Meine Damen und Herren, das muss man bei dem bestehenden Gesetz auch ganz klar sagen: Wenn wir denn in Köln der Meinung wären, der Sonntag sei so heilig, dass wir die Geschäfte sonntags nicht öffnen wollen, dann können wir das auch heute schon beschließen. Es gibt ja so weise Stadtväter wie zum Beispiel die in Bochum, die sagen: Es gibt keinen offenen Sonntag bei uns, weil der Sonntag schützenswert ist. - Ich sage nur: Liebe Bochumer, kommen Sie nach Köln! Stärken Sie den Wirtschaftsstandort Köln! Geben Sie den Leuten hier Arbeit und Beschäftigung! - In dem Sinne: Verabschieden Sie sich nicht von der Sonntagsöffnung! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Börschel.

(Zurufe von der FDP: Oh! - Gegenruf von Martin Börschel (SPD): Euch zuliebe! - Reinhard Houben (FDP): Darf der wirtschaftspolitische Sprecher nicht reden, Herr Börschel?)

Martin Börschel (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, erstens praktizieren wir das Prinzip der Arbeitsteilung und zweitens hat mich der Kollege von der FDP-Fraktion, Herr Sterck, über öffentlich zugängliche Medien sozusagen eindringlich gebeten, hier meine Position deutlich zu machen. Ich kann ihm zwar den einen oder anderen Wunsch abschlagen, aber diesen nicht. Insofern bin ich gerne bereit, dazu Stellung zu nehmen.

Den Königen unter den Aus-dem-Zusammenhang-Reißern sei gesagt - mit dieser

Selbstverständlichkeit will ich beginnen; aber aus gegebenem Anlass erscheint mir das wichtig -: Ich vertrete hier wie üblich natürlich die Meinung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln. Diese Meinung entspricht meiner persönlichen, die ich auch im Landtag in Düsseldorf vertreten werde. Ich vertrete hier nicht die Meinung der SPD-Landtagsfraktion. Diese ist nämlich noch in der Meinungsbildung.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

Das sage ich hier vorweg, damit es an dieser Stelle kein Missverständnis gibt.

Offenkundig hat Herr Houben etwas von der Debatte des vorvorigen Tagesordnungspunktes mitbekommen, wenn er hier beklagt, ja, wer packt denn da welche Reden aus. Sie haben hier offensichtlich antizipieren wollen, was die SPD-Fraktion heute sagen würde. Offen gestanden, ich frage mich, wieso Sie überhaupt auf diese Idee kommen. Insofern: Hören Sie jetzt zu! Dann wissen Sie, welche Position wir haben.

Warum gibt es diese Debatte überhaupt? Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte damals in ihr eigenes Ladenöffnungsgesetz, offensichtlich aus Zweifeln ob der Bestands- und Überzeugungskraft, hineingeschrieben, dass es eine Evaluation geben muss. Diese Evaluation gibt es jetzt. Es hat dazu, wie immer im Landtag, eine Sachverständigenanhörung auf Grundlage eines sogenannten Evaluationsberichts gegeben. Diese Sachverständigenanhörung wird im Wirtschaftsausschuss des Landtags im März dieses Jahres ausgewertet. Dann wird es, so denn Änderungsbedarf gesehen wird, vor den Sommerferien eine Gesetzesnovelle geben oder eben nicht. Sollte es eine Gesetzesnovelle geben, ist mit einem Beschluss nach den Sommerferien zu rechnen. - Das nur vorweg, bevor Sie wieder behaupten, schon ganz genau zu wissen, wie es angeblich weitergeht.

Ein Zitat aus diesem Evaluationsbericht hat mich, ehrlich gesagt, besonders beeindruckt. Das Evangelische Büro in Nordrhein-Westfalen hat die Sachlage ganz klar und knapp zusammengefasst mit den Worten:

Ein Ladenöffnungsgesetz solle einen Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher, der Verkaufsstelleninhaber und der Beschäftigten schaffen.

Zitatende. - Ein Kompromiss im wirklich guten Sinne, und den streben wir auch an.

Es geht hier um zwei unterschiedliche Themen. Zum einen ist die Frage zu beantworten: Wie hält man es mit den Sonntagsöffnungszeiten? Die andere Frage lautet: Wie hält man es mit den Öffnungszeiten an den Werktagen? Ich glaube, das muss man differenzieren. Deswegen will ich mich zunächst den Sonntagen widmen und auf die Bedeutung eines freien Sonntags hinweisen. Ich klau frank und frei aus der Gründungserklärung der Kölner Allianz für den freien Sonntag, in der es heißt - ich darf zitieren mit Ihrer Erlaubnis, Herr Oberbürgermeister -:

Der Sonntag ist eine frühe soziale Errungenschaft und auch heute als Tag der Ruhe, der Gemeinschaft, der Befreiung von Sachzwängen, Fremdbestimmung und Zeitdruck unverzichtbar. Leben ist mehr als Arbeit, Produktion und Geld verdienen. Die Sieben-Tage-Woche gestaltet einen Rhythmus in unserer Gesellschaft, der seit fast 4000 Jahren das Leben vieler Völker prägt. Der Sonntag stärkt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, da er es den Menschen ermöglicht, am sozialen, religiösen, sportlichen, politischen und kulturellen Leben teilzunehmen und sich ehrenamtlich zu engagieren. Der Sonntag schützt den Menschen, die Familie und die persönliche Gestaltung von gemeinsamer freier Zeit.

Ich finde, das ist eine sehr vernünftige Darstellung und Zusammenfassung dessen, was alles mit dem Sonntag zusammenhängt.

Selbstverständlich muss in die Abwägung auch die Besonderheit der Kommune einbezogen werden. Eine Millionenstadt wie Köln ist anders als ein Dorf. Eine Stadt mit 86 Stadtteilen ist anders als eine Kleinstadt. Ein touristisches Ziel, wie es Köln gottlob nun einmal ist, ist sicher anders zu beurteilen als ein Kurort oder eine andere Form von Kommune. All diese Dinge müssen wir in die Abwägung, die wir anstellen müssen, mit einbeziehen.

Für uns von der Sozialdemokratie steht fest: Wir müssen den Sonn- und Feiertagsschutz stärken. Das ist das Bekenntnis, das ich zu diesem Thema hier abgeben möchte.

(Beifall bei der SPD)

Wie kann das umgesetzt werden? Ich will auch hier konkret werden, aber noch vorweg erwähnen, dass natürlich auch das Grundgesetz

den Sonntagsschutz, übrigens noch aus der Zeit der Weimarer Reichsverfassung, ganz klar heute noch postuliert.

Was ist passiert, seitdem wir immer mal wieder über Ihre diesbezüglichen Anliegen diskutieren, seitdem die damalige schwarz-gelbe Landesregierung das Ladenöffnungsgesetz eingebracht und mit Mehrheit beschlossen hat? Es hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegeben, nämlich am 1. Dezember 2009. Das Bundesverfassungsgericht sagt darin ziemlich eindeutig, dass der Sonn- und Feiertagsschutz verstärkt werden muss, dass ein bloßes Shopping-Interesse, ein bloßes Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber allein eben nicht reicht, sondern dass mit dem Sonntagsgebot der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ebenso verbunden ist wie der Schutz der Familie. Diesem komplizierten Verfassungsgeflecht, diesem Gebot zur Gerechtigkeit und zum Ausgleich muss man sich umso mehr stellen, als das Bundesverfassungsgericht gleichzeitig das Ladenöffnungsgesetz von Berlin für verfassungswidrig erklärt hat. Und dem stellen wir uns jetzt.

(Reinhard Houben [FDP]: Rot-Rot!)

- Ja, lieber Herr Kollege Houben, aus gegebenem Anlass rufe ich der Partei Rainer Brüderles zu: Urteile des Bundesverfassungsgerichts gelten auch für Marktliberale, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Bei anderer Gelegenheit hat Herr Brüderle das ja der Sozialdemokratie zugerufen. Aber Urteile des Bundesverfassungsgerichts gelten eben auch für Sie. Da zeigen vier Finger auf Sie zurück.

Also: Was kann man tun? Ich glaube, grundsätzlich bewährt hat sich die maximale Öffnung von vier Sonntagen im Jahr pro Verkaufsstelle. Man wird sicherlich darauf eingehen müssen, dass sich durch die Kumulierung von verkaufsoffenen Sonntagen eine Problemlage in den Stadtteilen ergeben hat. Ich darf nur darauf hinweisen, dass wir in Köln in 2010 auf Grundlage des bisherigen Gesetzes 73 Öffnungen an 24 Sonntagen genehmigt haben. Das ist sicherlich eine Zahl, die man reduzieren kann. Das heißt: Uns schwebt eine Deckelung der Zahl der Kalendersonntage in toto vor, bei Beibehaltung der vier Sonntage maximal pro Verkaufsstelle.

Man wird, wenn man den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts folgen will - und wir

wollen das und müssen das -, sicherlich auch die Wiedereinführung des Erfordernisses eines Sachgrundes zu Sonn- und Feiertagsöffnungen postulieren müssen. Anders wird man schlicht und einfach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht gerecht. Auf dieser Grundlage findet man, so glauben wir, einen sehr vernünftigen Ausgleich zwischen den Interessen der Einzelhandelsinhaber, aber auch der Beschäftigten und deren Familien. Diesen Teil der Novelle würden wir unterstützen.

Anders sieht es sicherlich bei den werktäglichen Öffnungen aus. Das Schutzinteresse ist da deutlich geringer. Die Lebensgewohnheiten haben sich geändert. Insbesondere Städte mit überdurchschnittlich junger und mit studierender Bevölkerung haben einfach andere Gewohnheiten als die Bevölkerung auf dem Land. Wenn wir uns die Praxis hier in Köln anschauen, müssen wir feststellen: Das ist noch kein Massenphänomen. Deswegen sagen wir: Für uns ist es besonders wichtig, dass die Beschäftigten nach ordentlichen Tarifen bezahlt werden und sie zudem die notwendigen Zuschläge erhalten, die die Tarife richtigerweise vorsehen. Ansonsten sieht die Kölner SPD-Ratsfraktion an Werktagen bis auf weiteres keinen Veränderungsbedarf.

Mit diesen Positionen zur deutlichen Verstärkung und Verbesserung des Sonn- und Feiertagsschutzes bei Beibehaltung des Status quo der Zeit an den Werktagen, eben weil dieses Phänomen keine Änderung begründet, werden wir in Düsseldorf antreten und dort um Mehrheiten dafür werben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Wir kommen zu Herrn Gey.

Herbert Gey (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Habe ich da etwas läuten hören, Martin Börschel? Mein Vortrag wird sich im Wesentlichen mit den Ladenöffnungszeiten an Werktagen beschäftigen. Ich habe das Gefühl, auch da wäre die SPD im Zweifelsfall bereit, in gewisser Weise mitzugehen.

(Martin Börschel [SPD]: Mit wem?)

Das würde mich sehr freuen. Denn normalerweise ist der Anspruch von rot-grünen Koalitionen ja eher, den Bürgern gewisse Regeln vorzugeben. Das ist stark ausgeprägt bei der politischen Klasse von Rot-Grün.

(Martin Börschel [SPD]: So diffamiert ihr das immer! Ihr passt aber nicht auf!)

Manchmal trägt das sogar krankhafte Züge. Davon können wir ja in Köln ein Lied singen, allein schon wenn wir an Verkehrspolitik denken.

Aber bei diesem Thema geht es ja ums Land und nicht um Köln. Die rot-grüne Landesregierung will das gut funktionierende Ladenöffnungsgesetz durch Änderungen erheblich einschränken und damit weitgehend verschlechtern. Wie gesagt, ich beziehe mich nur auf die Ladenöffnungszeiten an Werktagen. Ich sagte: gut funktionierendes Ladenöffnungsgesetz. Das will ich an einigen Beispielen festmachen:

Im Jahre 2011 wurden gegenüber dem Vorjahr 62 000 - meine Damen und Herren, hören Sie genau hin: 62 000! - neue Arbeitsplätze im Einzelhandel geschaffen. Das ist erwiesen und nachvollziehbar. Von diesen 62 000 Arbeitsplätzen waren 60 297 sogenannte voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und nur 1 700 Minijobs. Das ist sehr beachtlich. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den *Express Köln* vom 23. Januar 2012, der das recherchiert hat.

Ein weiteres Beispiel: Eine große Kölner Lebensmittelkette hat nicht nur 500 bis 600 Vollzeitbeschäftigte zusätzlich schaffen können, sondern erzielt in der Zeit von 20 bis 22 Uhr rund 10 Prozent ihres Wochenumsatzes. Das belegt, dass die Geschäfte nach 20 Uhr nicht leer sind, wie ja von vielen Regelungspolitikern irrigerweise behauptet wird.

Ich könnte weitere Beispiele anführen, möchte mich aber im Interesse der Kölner Bürgerinnen und Bürger darauf beschränken, Ihnen mitzuteilen, dass in manchen Kölner Veedeln - ich denke, das gilt für andere Gemeinden in NRW in ähnlicher Weise - nur 25 Prozent der Bevölkerung in der Lage ist, einen Nahversorger fußläufig zu erreichen. Das macht es unter anderem notwendig, den Nahversorgern möglichst viel Freiheit in der Entscheidung zur Ladenöffnung zu geben, um auch solche Standorte attraktiv zu halten.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal den bereits erwähnten *Express* vom 23. Januar zitieren - Zitat -:

Irgendwie fühlt man sich an Kindertage erinnert, wenn Verdi die Läden spätestens um 20 Uhr zwangsschließen will. Ab ins Bett und Zähneputzen nicht vergessen, hieß es früher! Reglementierungen. Mutter meint es ja so gut.

Zitatende. - Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün ist Gott sei Dank nicht unsere Mutter

(Martin Börschel [SPD]: Gott sei Dank!)

- Gott sei Dank, Martin! So sehr ich dich schätze, aber: Gott sei Dank!

(Martin Börschel [SPD]: Seit es Inklusion gibt, ist das ein echtes Problem!)

- Da reden wir noch mal drüber. - Jeder Einzelhändler sollte selbst entscheiden können, ob er seinen Laden auch nach 20 Uhr noch offenhalten will. Übrigens wollen laut *Stadt-Anzeiger* vom 8. Februar 60 Prozent der Betroffenen liberale Öffnungszeiten.

Liebe Landesregierung - Martin, bitte, nimm das mit - -

(Martin Börschel [SPD]: Ich bin ja nicht die Landesregierung!)

- Aber im weitesten Sinne bist du dabei. - Liebe Landesregierung, lass bitte die Finger vom funktionierenden Ladenöffnungsgesetz in der jetzigen Form. Wir stimmen der Resolution selbstverständlich zu. - Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Frank. Bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Die FDP hat in der Begründung ihres Antrags geschrieben:

Nach nahezu einhelliger Einschätzung der Sachverständigen hat sich das liberale Ladenöffnungsgesetz in der

Praxis voll und ganz bewährt. Das hat bereits die Evaluierung des Gesetzes durch die Landesregierung ergeben und wurde in der Anhörung im Landtag noch einmal bestätigt.

Das hat mich etwas stutzig gemacht. Daher habe ich mir noch einmal die Evaluierung angeguckt - und festgestellt, dass es sich um ein anderes Dokument gehandelt haben muss. Wer sich die Kerndaten der Evaluierung anschaut, stellt nämlich folgende wesentlichen Aussagen fest:

Es hat im Zeitraum der Wirksamkeit des neuen Gesetzes keine signifikante Erhöhung des Umsatzes gegeben.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zwar gestiegen; gleichzeitig gab es jedoch einen deutlichen Rückgang der Vollzeitbeschäftigung. Zu verzeichnen ist eine Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung sowie geringfügiger Beschäftigung, also Beschäftigung auf Basis der berühmten 400-Euro-Jobs.

Insgesamt sieht die Situation so aus, dass viele Menschen, die dort beschäftigt sind, dies als Zweit- oder Drittjobs machen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist also eine äußerst ambivalente Entwicklung. Das neue Gesetz hat tatsächlich nicht zu einer Ausdehnung von Vollzeitbeschäftigung geführt. Vielmehr haben wir es zum Teil mit prekären Beschäftigungssituationen zu tun. Das ist nichts, auf das man unbedingt stolz sein muss.

Wenden wir uns nun den Ergebnissen der repräsentativen Befragung der Konsumenten zu. Dort stellen wir fest, dass sich das Einkaufsverhalten nicht signifikant verändert hat. Die Warengruppen, die man normalerweise bei Vollsortimentern oder bei Discountern findet, werden hauptsächlich wochentags gekauft, Kleidung samstags.

(Zurufe von der FDP)

Die Ladenöffnungszeiten nach 18 Uhr werden nur noch von Minderheiten genutzt. Der größte Anteil zu dieser Zeit - etwa 15 Prozent - entfällt auf die Stunden zwischen 18 und 20 Uhr.

(Zurufe von der FDP)

- Man muss Evaluierungen schon einmal lesen. Dieser Mühe muss man sich schon unterziehen.

Des Weiteren geben 50 Prozent der Konsumenten an, dass sie die Möglichkeit der neuen Öffnungszeiten nur teilweise nutzen.

Gleichzeitig sagen sie, dass dies bei ihnen nicht unbedingt zu mehr Konsum führt.

Insgesamt haben wir also eher eine Diversifizierung des Verhaltens zu verzeichnen. Dadurch kommt es auch weder zu zusätzlichen ökonomischen Effekten noch zu einem wirklich relevanten Beschäftigungszuwachs.

Auf der einen Seite muss man dies wissen, wenn man sich mit diesen Dingen näher befasst.

Auf der anderen Seite ist seinerzeit im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen festgehalten worden: SPD und Grüne werden

die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes korrigieren.

Damit wird wieder mehr Wert auf Familienfreundlichkeit gelegt.

Wir werden die Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen an die Größe und Struktur der Kommune knüpfen sowie einen Anlassbezug konkret ausgestalten.

Dazu hat Herr Börschel eben schon Stellung genommen. Das ist eine wesentliche Zielsetzung.

Wenn man es sich genau anschaut, stellt man ferner fest, dass sich Spätöffnungen außerhalb von Großstädten wie Köln wirtschaftlich nicht lohnen. Das ist auch die Meinung der Branche. Entsprechend schließen zum Beispiel die Rewe-Märkte, die in Köln am meisten von dieser Regelung profitieren, in Bergisch Gladbach, Gummersbach, Brühl und Euskirchen werktags spätestens um 22 Uhr. So lange haben die Discounter Aldi, Lidl und Penny in der Regel nicht geöffnet. Das heißt: Im Grunde ist es in einer Großstadt wie Köln, der größten Stadt NRW, eher eine Lex Rewe.

Des Weiteren muss man festhalten, dass wir in Köln, obwohl wir eine reduzierte Regelung für die Sonntagsöffnung genommen haben, nämlich die 21+3-Regelung, immer noch an 46 Prozent aller Sonntage des Jahres irgendwo in Köln einkaufen können - natürlich in unterschiedlichen Stadtteilen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Im Bahnhof immer!)

Das ist die Situation.

Wer in der heutigen Ausgabe des *Kölner Stadt-Anzeigers* den Artikel „Der Sonntag wird zum

Werktag“ liest, findet darin folgendes Zitat von Wissenschaftlern, die sich mit der Gesundheitssituation beschäftigen:

Aus gesundheitlicher Sicht ist der Trend zu flexiblen Arbeitszeiten problematisch. Nachtarbeit führt nicht automatisch zu Krankheiten, ist aber ein zusätzlicher Risikofaktor, heißt es in der Antwort des Arbeitsministeriums.

(Reinhard Houben [FDP]: Was ist mit der Feuerwehr und der Polizei?)

Deshalb werde Nachtarbeit inzwischen höchststrichlerlich als im Grunde schädlich definiert.

Uns ist es wichtig, alle diese Argumente genau abzuwägen. Wir befinden uns zurzeit in einem Diskussionsprozess darüber - sowohl bei uns in der Stadt als auch in der Landtagsfraktion.

Ich denke aber - und das ist die entscheidende Botschaft -, dass wir es nicht so belassen können, wie es ist; denn es sind tatsächlich Korrekturen notwendig. Über diese Korrekturen wird man in den nächsten Wochen und Monaten sprechen.

Deshalb ist dieser Antrag nicht sinnvoll, weil er alle diese Fakten schlicht und einfach ignoriert. Das ist ein Antrag von Ignoranten.

(Lachen bei der FDP - Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

Dem können wir nicht zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck, einen Augenblick, bitte. Zunächst bekommt noch Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir als Linke unterstützen die Allianz für den freien Sonntag. Inzwischen haben 6 400 Menschen ihren Aufruf unterstützt. Darunter sind auch relativ viele Linke. Die Allianz für den freien Sonntag wird im März dieses Jahres auch in Köln eine Veranstaltung zu diesem Thema durchführen. Übrigens gehören diesem Bündnis auch christliche Menschen an.

Herr Börschel hat gerade etwas aus dem Aufruf der Allianz für den freien Sonntag vorgelesen. Das war in der Tat ein gutes Zitat. Wir werden über diesen freien Sonntag auch eine Diskussion bekommen.

Mir sind die vier Sonntage auch zu viel. In Köln waren wir ja - Herr Kahlen wird es bestätigen können - bei drei Sonntagen. In allen Stadtteilen konnte an drei Sonntagen geöffnet werden. Das war die Vereinbarung. Diesen Konsens, den es mal gegeben hat, haben dann sowohl die Gewerkschaften als auch die Kirchen aufgekündigt und erklärt, das sei ihnen zu viel - nicht nur bezogen auf die Ausweitung auf die vielen Stadtteile, sondern auch bezogen auf die drei Sonntage. Ich betone: auf die drei Sonntage und nicht auf die vier Sonntage.

Kollege Börschel, das heißt, dass wir über diese Frage eine Diskussion bekommen werden. Ich bin Ihnen auch dankbar dafür, dass Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zitiert haben. Das haben wir auch schon mehrfach getan und darauf hingewiesen, dass in Bezug auf Sonntagsöffnungen nicht alleine wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend sein dürfen. Das ist ein wichtiges Zitat aus diesem Urteil.

Es kann allerdings nicht sein, dass wir diese vier Sonntage dann komplett in alle Stadtteile übernehmen. Ich könnte mir vorstellen, dass man sich auf zwei Sonntage verständigt und sie eventuell auf die verschiedenen Stadtteile bzw. Stadtbezirke herunterbricht. Das könnte ich mir als einen Kompromiss vorstellen. Die Kirchen gehen da eher noch weiter und argumentieren in Richtung null. - So viel zum Thema „sonntags“.

Zum Thema „werktags“ muss ich Folgendes sagen: Kollege Börschel, da bin ich doch etwas verblüfft; denn ich hatte gehofft, dass SPD und Grüne sagen: Um 20 Uhr ist Schluss. - Damit hatte ich gerechnet. Wenn man liest und hört, was so herüberkommt, war das bis jetzt mein stehender Eindruck. Wenn die Regelung zu den Öffnungszeiten aber so bliebe, wie sie jetzt ist - das haben Sie ja als Ihre persönliche Meinung bzw. die Meinung der Kölner SPD dargestellt -, wäre das ein Rückschritt und eine Bestätigung des Schlechten.

An dieser Stelle ist der Hinweis des Kollegen Frank völlig richtig. Wenn Sie heute den *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen haben, wissen Sie, dass die Nacharbeit und die Sonn- und Feiertagsarbeit deutlich ausgeweitet worden sind. Wir haben eine Ausweitung der Nacharbeit

von 43 Prozent im Jahr 2001 auf jetzt 47 Prozent sowie eine Ausweitung der Sonn- und Feiertagsarbeit von 24 Prozent im Jahr 2001 auf jetzt 28 Prozent zu verzeichnen.

(Helmut Jung [CDU]: Aber doch nicht im Einzelhandel!)

Das sind beunruhigende Zahlen, die wir einfach sehen müssen. Deswegen halte ich es für wichtig, etwas gegen die Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit zu unternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und von der CDU, vielleicht sollten Sie auch einmal diesen Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* lesen. Darin wird nämlich Ihre Bundesregierung wie folgt zitiert:

Diese Entwicklung führt dazu, dass die Risikofaktoren für gesundheitliche Schäden steigen werden.

Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern von Ihrer Bundesregierung. Lesen Sie also doch bitte ein bisschen mehr zu diesem Thema. Dann können Sie vielleicht auch kompetenter in der ganzen Sache mitdiskutieren.

Was die neuen Arbeitsplätze betrifft, von denen Sie immer sprechen, ist es doch so, dass die prekären Beschäftigungsverhältnisse deutlich angestiegen sind. Darauf hat der Kollege Frank auch hingewiesen.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

Meine Damen und Herren, Frau Kirchmeyer, 12 Prozent aller Beschäftigten im Einzelhandel

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Ich bin im Einzelhandel!)

verdienen um 5 Euro. Wenn Sie sich das zu Gemüte führen, müssen Sie als FDP doch auch einmal darüber nachdenken. Sie sind die Partei des Mittelstandes. Und dass Sie die Köln Arcaden in Kalk unterstützt haben, hat dazu geführt, dass der Mittelstand in Kalk sozusagen den Bach heruntergegangen ist - und dass der Mittelstand in Köln insgesamt langsam stirbt.

(Ulrich Breite [FDP]: Herr Detjen!)

Ich bin nur froh, dass die Bürgerbeteiligung in Ehrenfeld rund um das Helios-Gelände ergeben hat: Wir wollen dort kein Einkaufszentrum. - Diese Entwicklung muss man nämlich stoppen; auch um den Mittelstand zu bewahren. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gebe ich Herrn Sterck das Wort. Bitte schön.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Detjen, fast hatte ich schon befürchtet, dass Sie hier Entsprechendes äußern. Ich kenne jemanden, der bei RTL in der Technikzentrale arbeitet und dort in Nachtarbeit die Nachtsendungen abfahren muss. Man müsste also doch mal wieder zu dem Sendeschluss um 24 Uhr zurückkommen. Dann wird die Nationalhymne gespielt,

(Beifall bei pro Köln)

und dann ist Schluss; dann kann jeder ins Bett gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt werden Sie wahrscheinlich sagen, dass dann nicht die Nationalhymne gespielt werden soll, sondern die Sozialistische Internationale oder so etwas. Aber das ist doch das, zu dem Sie wahrscheinlich zurückwollen.

(Martin Börschel [SPD]: Du gehst doch ohnehin um 21 Uhr ins Bett!)

Sie haben den Mittelstand und die Kalker Hauptstraße angesprochen. Das ist eine andere Diskussion. Die brauchen wir hier nicht zu führen. Natürlich haben wir auf unseren Einkaufsstraßen - und auf anderen Einkaufsstraßen noch viel mehr als auf der Kalker Hauptstraße - das Problem, dass der mittelständische Einzelhandel dort zurückgeht. Das sind aber andere Phänomene. Die brauchen wir heute nicht zu diskutieren.

Im Übrigen glaube ich, dass die Ansiedlung der Köln Arcaden in Kalk das Trading-down auf der Kalker Hauptstraße gestoppt bzw. reduziert hat. Ich war in Kalk Bezirksvertreter, als die CFK zugemacht hat. Daher weiß ich, wovon ich rede.

Herr Frank, ich wundere mich; denn Sie haben hier viele Zahlen vorgetragen, und zwar aus einer, wie Sie selbst gesagt haben, repräsentativen Konsumentenbefragung, die ja durchgeführt worden ist und die uns auch durchaus bekannt ist. Sie picken sich dann ein paar Zahlen heraus, die Ihnen passen. Wenn Sie als Grüne zur Kenntnis genommen haben, dass es eine repräsentative Kundenbefragung durch

die Landesregierung gibt, wundere es mich, dass die Grünen jetzt noch so eine komische Online-Befragung machen, bei der man nachher nicht weiß, was dabei herauskommt, wie die Zahlen interpretiert werden, wie die Fragen gestellt werden. Ich wundere mich wirklich, dass Sie hier nicht die Zahlen nehmen, die Ihre eigene Landesregierung festgestellt hat.

Dann hilft es auch nichts, wenn Sie sagen, dass 50 Prozent dieses Angebot gar nicht in Anspruch nehmen. Es muss doch keiner in Anspruch nehmen. Weder die Einzelhändler noch die Kunden müssen es in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen schreckt es uns gar nicht, wenn Sie sagen, dass nur eine Minderheit zu diesen Zeiten einkaufen geht.

Mit den Zahlen kann man auch viel spielen. Sie haben jetzt gesagt, 46 Prozent aller Sonntage seien in Köln verkaufsoffen. Ich meine, die Menschen außerhalb von Köln fragen sich sowieso: Was muss das für eine christliche Stadt sein, in der es nicht nur 52 Sonntage gibt? In Köln gibt es ja sogar 63 Sonntage. Das ist ganz toll.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Herr Frank, beim Thema Einzelhandel müssen Sie aber auch noch etwas anderes berücksichtigen. Heute können Sie nämlich an 100 Prozent aller Sonntage in Köln einkaufen, und zwar an jeder Tankstelle, im Hauptbahnhof und im Flughafen; da gibt es auch einen großen Rewe. Darauf müssen Sie doch Rücksicht nehmen,

(Martin Börschel [SPD]: Sie müssen auf die Verfassung Rücksicht nehmen!)

wenn Sie den Einzelhandel in den Stadtteilen stärken wollen. Und darum geht es uns doch. Wir wollen den Einzelhandel durch die verkaufsoffenen Sonntage in den Stadtteilen halten, indem wir damit dafür sorgen, dass das Geld nicht abfließt. Deshalb muss man auf diese Dinge doch Rücksicht nehmen.

Martin Börschel, deine Rede hat mich nachdrücklich beeindruckt; das muss ich sagen. Wir unternehmen hier ja seit mehreren Sitzungen den Versuch, eine Position der Stadt Köln in dieser Frage in Richtung Düsseldorf zu schicken. Da die SPD nicht die ganze Stadt Köln ist, fände ich es toll, wenn wir es schaffen würden, hier im

Rat zu formulieren, was uns als Kölnern wichtig ist.

Ich finde es schade, dass euer Landesminister die Stadt Köln als abschreckendes Beispiel nimmt. Er zieht nämlich mit genau diesen Zahlen - in Köln gibt es 63 verkaufsoffene Sonntage - durch die Lande, um damit nachzuweisen, dass dringender Regelungsbedarf besteht. Wir haben aber doch mal in Chorweiler und mal in Porz einen verkaufsoffenen Sonntag. Das hat hier in Köln bisher noch keinen gestört. Euer Landesminister nimmt das aber zum Anlass.

Deswegen finde ich es wichtig, dass wir eben nicht gleichgemacht werden. Du hast selber gesagt, dass es einen Unterschied machen muss, ob man über Frechen oder noch kleinere Städte irgendwo auf dem Lande redet, wenn es um vier offene Sonntage geht, oder über eine Stadt wie Köln. Da hast du ja entsprechende Modelle vorgegeben. Das finde ich wirklich nachdenkenswert. Es wäre schön, wenn wir uns darüber verständigen könnten.

Ich finde es schade, dass Rot-Grün anscheinend nicht einen gemeinsamen Änderungsantrag formulieren konnte. Bei den Dingen, die du hier eben gesagt hast, sind wir nämlich ganz schnell zusammen. Wenn wir uns auf so etwas einigen können, haben wir kein Problem mit den tarifvertraglichen Zuschlägen und kein Problem damit, eine Zahl von 20 oder so etwas festzuschreiben, wenn wir an jeder Verkaufsstelle hier vier offene Sonntage haben. Das sind Dinge, über die wir reden können.

Herr Oberbürgermeister, lieber Martin Börschel, wenn vonseiten der SPD jetzt ein Signal käme, dass es Sinn machen würde, sich über so etwas zu unterhalten, würden wir unseren Antrag heute zurückziehen. Wir würden uns mit den vier demokratischen Fraktionen zusammensetzen und versuchen, eine von der breiten Mehrheit des Rates der Stadt Köln getragene Position zu finden, mit der wir in Düsseldorf in den Beratungen vorstellig werden. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist, damit die größte Stadt im Land Nordrhein-Westfalen nicht bei den ganzen kleinen Interessen auf dem Lande untergepflügt wird.

Deswegen möchte ich dieses Angebot machen. Wenn ich von dir für die SPD dazu ein Nicken bekomme, ziehen wir unseren Antrag heute zurück und treten in entsprechende Gespräche ein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Sterck. - Ich gebe Herrn Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Eigentlich sollte es eine Zwischenfrage werden; aber dann mache ich eine Schlussbemerkung daraus. - Lieber Kollege Sterck, bevor Sie sich als Landesgeschäftsführer der FDP in Schwierigkeiten begeben, möchte ich Sie mit einem Zitat konfrontieren und Sie bitten, danach zu überlegen, ob das Angebot dann - -

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Ich bin doch lösungsorientiert!)

- Das will ich ja nur noch einmal herausfinden; aber ohne dass der Landesgeschäftsführer der FDP Schwierigkeiten kriegt.

(Ralph Sterck [FDP]: Mach dir um mich keine Sorgen!)

- Dann ist es ja gut.

Meine Rede bewegte sich auf Basis folgender Aussagen - ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen -:

Erstens. Wir werden

die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes korrigieren.

Dazu habe ich etwas gesagt.

Zweitens.

Wir werden die Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen an die Größe und Struktur der Kommune knüpfen sowie einen Anlassbezug konkret ausgestalten.

Dazu habe ich konkrete, ausfüllende Vorschläge gemacht. Wenn die FDP auf dieser Grundlage in Gespräche eintreten kann, ist sie herzlich willkommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich will jetzt hier gar keine Differenzen herausstellen. - Lieber Martin Börschel, ich habe

in deiner Rede eben sehr viel gehört, was ich unterschreiben kann und wo ich mir vorstellen kann, dass das eine Position sein kann. Das ist zwar keine Maximalposition, also nicht das, was die FDP am liebsten hätte. Ich glaube aber, dass das eine Position sein kann, mit der wir als Kölner in Düsseldorf auftreten können.

Wenn wir uns darauf verständigen können, da in Gespräche einzutreten, wäre ich bereit, unseren Antrag heute zurückzuziehen, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann frage ich, ob eine solche Bereitschaft besteht.

(Martin Börschel [SPD]: Auf Basis des Gesagten ja!)

- Auf der Basis des Gesagten gibt es die Bereitschaft, hier in Gespräche einzutreten.

(Ralph Sterck [FDP]: Wir versuchen es!)

- Gut. - Herr Uckermann.

(Ralph Sterck [FDP]: Der Antrag ist zurückgezogen! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen!)

- Okay. Entschuldigung, bitte.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

- Nein. Wenn der Antrag zurückgezogen ist, ist die Debatte zu diesem Thema erledigt. - Ich frage aber noch einmal nach, Herr Sterck. Sie haben eben gesagt, dass Sie den Antrag zurückgezogen haben.

(Ralph Sterck [FDP]: Ja, ich habe den Antrag zurückgezogen!)

- Er ist zurückgezogen. Damit ist die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt zu Ende. - Vielen Dank.

Wir kommen zu:

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Studie zum türkischen Rechtsextremismus durchführen“ AN/0125/2012

Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen

und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen ausführlich debattiert worden. Es ist entschieden worden.

Zudem hat Frau Beigeordnete Reker dazu eine Erklärung abgegeben, dass sie auf der Zeitschiene genau das durchführen will. Die Stadt Köln hat dazu eine Presseerklärung aus ihrer Feder abgegeben, die uns hier vorliegt.

Da der Antrag somit erledigt ist, beantrage ich Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die antragstellende Fraktion hat einen Anspruch darauf, innerhalb von drei Minuten zu diesem Geschäftsordnungsantrag Stellung zu nehmen - nicht in der Sache, nur zum Geschäftsordnungsantrag.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Granitzka! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns geht es hier um die Sache. Wir sind genauso wie viele andere der Meinung, dass es ein verkehrtes Signal gewesen wäre, diese Studie nicht durchzuführen. Dieses Thema wurde in der Tat auf Antrag der CDU schon in den Ausschüssen behandelt. Von der CDU ist unser Antrag sozusagen aufgegriffen worden. Das war eine sehr positive Aktion.

Die Sozialdezernentin hat in der Tat auch noch einmal ausdrücklich festgestellt, dass das alles nur ein großes Missverständnis war und dass die Studie zum türkischen Rechtsextremismus selbstverständlich durchgeführt werden soll.

Damit können wir leben. Dann sind wir zufrieden. Wie gesagt, geht es uns hier um die Sache. Ich stimme dem Kollegen Granitzka gerne zu, dass dieser Antrag damit erledigt ist, weil er bereits umgesetzt wurde - im Sinne des oft zu beobachtenden Pro-Köln-Effekts. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, ist der Antrag damit zurückgezogen?

(Markus Wiener [pro Köln]: Ja!)

- Er ist zurückgezogen und damit erledigt. Wir brauchen also nicht darüber abzustimmen.

Dann kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Waffenrechtliche Genehmigungen rechtsextremer Kölner“ AN/0107/2012

Antwort der Verwaltung vom 10.02.2012 0554/2012

Keine weiteren Nachfragen? - Okay.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Mögliche genehmigungswidrige Bauausführung der Ditib-Großmoschee in Köln-Ehrenfeld“ AN/0123/2012

Antwort der Verwaltung vom 10.02.2012 0581/2012

Gibt es dazu eine Nachfrage? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das auch erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Bürgerhaushalt: Hallenbäder in Nippes und Weiden offen halten!“ AN/0169/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2012 0597/2012

Herr Zimmermann ist heute nicht da, kann also selbst nicht nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Sachstand zum Konzept für Nachhaltigkeit in Köln“ AN/0171/2012

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2012 0628/2012

Bitte schön.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte die vorkarnevalistische gute Stimmung ja nicht trüben. Aber ich bin doch einigermaßen erstaunt, wenn ich mir diese doch sehr kurz gehaltene Antwort anschau.

Ich muss zunächst einmal feststellen: Wir haben - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie wollten doch nachfragen.

Niklas Kienitz (CDU): Ja. Ich muss das aber kurz einleiten. - Wir haben am 7. April 2011 hier gemeinsam ein Konzept zur Nachhaltigkeit in Köln beschlossen. Sie beantworten die hier gestellte Frage aber wie folgt - ich zitiere -:

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass hierfür kein eigenes „Nachhaltigkeitskonzept“ erforderlich ist.

Vor diesem Hintergrund - der mich doch zutiefst erschüttert und verärgert; das muss ich auch sagen - habe ich erstens folgende Nachfrage: Wie bewerten Sie, Herr Oberbürgermeister, eine Antwort, die eine klare Arbeitsverweigerung der Verwaltung beinhaltet?

Meine zweite Nachfrage lautet: Sie führen in der Antwort aus, dass verwaltungsinterne Prozesse unter dem Stichpunkt Nachhaltigkeit konzipiert werden sollen. In welchen Prozessen ist dies bisher geschehen bzw. wo wird der Beschluss vom 7. April 2011 berücksichtigt? - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich will von meiner Seite die Antwort geben, weil das auch im Dezernat des Oberbürgermeisters bearbeitet wird.

Ich kann Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, dass hier in vielen Einzelprojekten und -konzepten das Thema Nachhaltigkeit bearbeitet wird - angefangen beim Klimaschutzkonzept Köln, zu dem wir in diesem Rat am 20. Dezember 2011 ein vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm beschlossen haben, bis hin zu vielen anderen Punkten.

Hier handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe. Diese Themen werden in

vielen Bereichen der Verwaltung - in fast allen, in denen wir tätig sind, von der Bildung über Verkehr und Mobilität bis zur Stadtentwicklung - behandelt. Das Ganze ist eine Frage der Einstellung von sowohl Verwaltung als auch Politik bei allen Fragen, die auf die Themen Klimaschutz und Energieeffizienz sowie auf die Fragen der Nachhaltigkeit gerichtet sind. Diese Dinge werden im Stadtvorstand in die Beratungen eingebracht und dann über Mitteilungen an Sie gehen.

Ich will noch einmal betonen, dass Nachhaltigkeit nicht bedeutet, nachhaltig viel Papier zu beschreiben, sondern, etwas in die konkrete Realisierung umzusetzen.

Dann können wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Ich rufe auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Verabschiedung einer Resolution für eine Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge 0445/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer gegen eine solche Resolution ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage so angenommen.

Wir kommen zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung für die Verleihung der Jabach-Medaille 0308/2012

Ich weise darauf hin, dass wegen einiger orthografischer Fehler die Fassung der Tischvorlage gilt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Gegen die Stimmen von pro Köln ist diese Satzungsänderung so angenommen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln 4716/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie gestern im Finanzausschuss schon gesagt, lehnen wir diese Vorlage ab. Wir sehen es weiterhin mit Bedauern, dass sich immer mehr Kölner im Umland beerdigen lassen, weil dort die Gebühren oder Bedingungen offensichtlich günstiger sind. Die Stadtverwaltung täte wirklich gut daran, die Bedingungen zu verbessern, damit auch alle Kölner die Möglichkeit haben, sich hier in ihrer Heimat beerdigen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind die Fraktion pro Köln, die FDP, die CDU und die Linken. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Satzung so beschlossen.

Wir kommen zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für das 2. Quartal 2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neustadt-Süd, Severinsviertel, Sürth, Sülz/Klettenberg, Lindenthal, Vogelsang, Nippes, Longerich, Porz-City, Rath-Heumar, Höhenhaus 5152/2011

Die Abstimmung erfolgt über die Vorlage, wie sie im AVR beschlossen worden ist - Anlage 6 -; der Wunsch der BV 8 ist also mit eingebracht.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Die Linke. Bei Enthaltung der Linken ist dies angenommen.

Ich rufe auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung 1017/2011

Wir stimmen ab wie Anlage 4.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Wer ist gegen die Änderung der Zuständigkeitsordnung? – Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Somit ist sie angenommen. - Damit haben wir dem einen oder anderen aus der Verwaltung eine Freude bereitet.

(Martin Börschel [SPD]: Dafür sitzen wir doch hier, Herr Oberbürgermeister!)

Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 0485/2012

Diese Vorlage ist hier zur Kenntnis zu nehmen. Das ist mangels Gegenstimmen und Enthaltungen damit auch geschehen.

Nun kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011 1350/2011

Dazu folgender Hinweis: Abstimmung wie im Verkehrsausschuss - Anlage 7 - und auch im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Änderung eines Ratsbeschlusses zur Umsetzung eines die Stadtbibliothek betreffenden Task-Force-Vorschlags 4639/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Damit ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln für die Einrichtung „Elsa-Brandström-Str./Oppenheimstr. 7, 50668 Köln“ 4963/2011

Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim 5183/2011

Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln für die Einrichtung „Taubengasse 9, 50670 Köln“ 5234/2011

Dazu ist Ihnen noch eine weitere Erklärung der Verwaltung als Vorlage zugegangen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Erhebung einer Vorverkaufsgebühr im Bereich der Puppenspiele ab der Spielzeit 2012/2013

5253/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Fortführung des Projektes „Tag des offenen Denkmals ab dem Jahr 2012“
0073/2012**

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, dazu habe ich eine Nachfrage!)

- Bitte schön, Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, wir haben heute eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung zu den Fragen aus dem Finanzausschuss bekommen. Ich würde gerne noch einmal Folgendes wissen: Es wird ja eine Stelle zugesetzt. Hat das eine finanzielle Bedeutung, oder wird das rein aus dem Kulturhaushalt bezahlt? Ich möchte einfach nur wissen, wie das dann geregelt ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Eigentlich sollte Ihnen dazu auch noch eine schriftliche Mitteilung zugehen. Das scheint nicht funktioniert zu haben, oder?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch, die haben wir bekommen! Aber sie ist ein bisschen schwer verständlich!)

- Nein, nein. Darin steht erst einmal: Die Stelle ist da. Sie wird nicht zugesetzt. Diese Stelle gibt es im Stellenplan.

Die Finanzierung soll über Drittmittel sichergestellt werden. Soweit sie nicht über Drittmittel sichergestellt ist, wird sie aus dem Teilergebnisplan Denkmalpflege, also aus dem Finanzbudget der Stadtkonservatorin, bezahlt. Es gibt keine zusätzlichen Mittel.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Also ist das das Gleiche wie vorher? Da haben Sie nämlich das Gleiche geschrieben! Dann verstehe ich gar nicht, warum wir das hier noch auf der Tagesordnung haben!)

- Weil es beschlossen werden muss, Herr Klipper.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben doch gerade gesagt, dass die Stelle da ist und bisher mit Drittmitteln finanziert wird! Außerdem haben Sie gesagt, wenn nicht genügend Geld da sei, werde die Stelle von der Stadtkonservatorin bezahlt! Das ist doch das Gleiche, was wir schon seit 2007 machen! Ich verstehe das nicht ganz! Deswegen habe ich nachgefragt!)

- Zwischendurch gab es ja mal Vorschläge der Task-Force, diese Maßnahme einzusparen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann kann ich also für das Protokoll feststellen: Wir schaffen keine neuen Stellen und geben keine zusätzlichen Mittel frei, sondern es wird aus dem Kulturbereich im weitesten Sinne bezahlt!)

- Genau richtig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Und es soll weiter bei einem Tag des offenen Denkmals bleiben?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja!)

- Okay. - Dann ist das noch einmal klargestellt, und wir kommen zur Abstimmung über diese Vorlage. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Neuaufstellung des Unterausschusses Kulturbauten
3175/2011**

Hier geht es um die Zusammenführung zweier Unterausschüsse zu einem Unterausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, wir müssen jetzt doch Vorschläge machen, oder nicht?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das kommt noch. Zunächst müssen wir den bisherigen Unterausschuss Opernquartier auflösen. Außerdem wird die Entsendung der sieben

Vertreter in den Unterausschuss Kulturbauten vom 23. März 2010 aufgehoben. Das machen wir jetzt mit der ersten Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist einstimmig beschlossen.

In Punkt 2 der Beschlussvorlage geht es um die Neuwahl der Mitglieder des Unterausschusses Kulturbauten.

Hier schlage ich folgende Veränderung vor - ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit -: Die Formulierung soll so lauten, dass nicht nur Ratsmitglieder entsandt werden können, sondern auch sachkundige Einwohner und Bürger.

Dazu müssen wir jetzt entsprechende Benennungen vornehmen. Ich darf zunächst einmal die Benennungen vorlesen, die bislang vorliegen.

(Ralph Sterck [FDP]: Darf ich eine Frage stellen?)

- Ja, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Haben Sie gerade „sachkundige Bürger“ oder „sachkundige Einwohner“ gesagt?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Beides.

Ralph Sterck (FDP): Das heißt also, dass die Fraktionen zusätzlich sachkundige Einwohner entsenden dürfen?

(Zurufe)

- Entschuldigung. Sachkundige Bürger sind stimmberechtigte Mitglieder. Das wissen die Kollegen wahrscheinlich. Sachkundige Einwohner sind zusätzliche Mitglieder mit beratender Stimme. Wenn Sie also sachkundige Einwohner meinen, finde ich das gut. Ich will das nur wissen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Auch sachkundige Einwohner.

(Ralph Sterck [FDP]: Wunderbar!)

Das ist ja unabhängig davon. Wenn sie da nicht mitstimmen können, ist das ihr Problem. Es hängt von Ihrer Benennung ab.

Dazu ist folgendes Verfahren vorgesehen - ich bitte um Aufmerksamkeit -: Wir bilden sechs Listen. Es muss dann jeweils über die Einzelliste abgestimmt werden.

Für die Liste 1 der SPD sind Frau Dr. Bürgermeister, Frau Brunn und Herr Bosbach benannt.

Für die Liste 2 der CDU sind Herr Klipper, Herr Dr. Elster und Frau Welcker benannt.

Für die Liste 3 der Grünen sind Frau Moritz und Frau von Bülow benannt.

Für die Liste 4 der FDP ist Herr Görzel benannt.

Wir brauchen jetzt noch eine Benennung für die Liste 5, pro Köln. - Bitte schön, Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Auf unserer Liste steht Herr Jörg Uckermann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann.

Wer ist für die Liste 6 der Linken benannt?

Jörg Detjen (Die Linke.): Thor-Geir Zimmermann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Ich weise noch einmal darauf hin, dass jeweils für die einzelne Liste abzustimmen ist.

Wer für die Liste 1 der SPD ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. - Es wird gleich ausgezählt.

Wer für die Liste 2 der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU.

Wer für die Liste 3 der Grünen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wer ist für die Liste 4 der FDP, Herrn Görzel? - Das ist die Fraktion der FDP.

Wer ist für die Liste 5 der Fraktion pro Köln, Herrn Uckermann? - Das ist die Fraktion pro Köln.

Wer ist für die Liste 6 der Linken, Herrn Thor-Geir Zimmermann? - Das sind Herr Hoffmann und die Fraktion Die Linke.

Damit haben wir die Abstimmung durchgeführt. Jetzt muss die Auszählung stattfinden. Vorher frage ich aber der Ordnung halber noch: Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Wir geben gleich das Ergebnis bekannt, wer jeweils für den Unterausschuss gewählt worden ist. Sind Sie damit einverstanden, dass wir zunächst in der Tagesordnung weitergehen? - Das ist gar nicht notwendig, weil das Ergebnis bereits vorliegt. Nach unseren Berechnungen sind alle genannten Kandidaten gewählt. Ich darf ihnen zur Wahl gratulieren.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Essensgeld in Kindertageseinrichtungen hier: Anpassung an das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zum 01.01.2011 4327/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Übernahme der Mehrkosten für den Abriss und Neubau der Brücke Perlengraben 2334/2011

Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Dann ist das gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Sportagenda 2015 hier: Vereinsgründung Sportstadt Köln e. V. 2124/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es stellt sich ernsthaft die Frage, warum wir als Stadt Köln hier an einem Verein beteiligt sein müssen, der einen schönen Namen trägt, aber tatsächlich außer Kosten nichts wirklich Greifbares bringt. Im Kölner Sport haben wir eine Mitbestimmung über die Stadtbezirks-Sportverbände und mehr als 50 Sportfachverbände. Daher sind die Interessen des Kölner Sportes gut vertreten.

Wir brauchen keine neue, elitäre Einrichtung - die uns zudem gegebenenfalls noch Geld kostet. Es ist zum Beispiel gestern im Finanzausschuss ja nicht ausgeschlossen worden, dass für die Bürokratie dieses Vereins Haushaltsmittel benötigt werden. Dem können wir in der Situation des heutigen Tages, wenn wir ehrlich sind, natürlich überhaupt nicht zustimmen.

Herr Oberbürgermeister, ich finde es gut, dass Sie sich da auch persönlich eingebracht haben. Aber warum muss es denn eine solche Rechtsform haben, dass wir beispielsweise die Arbeitskraft einer Hauptverwaltungsbeamtin in Form einer Dezernentin dorthin abstellen?

Auch dazu habe ich gestern im Finanzausschuss nachgefragt, welche Kosten uns entstehen. Ich habe keine Antwort bekommen. Das finde ich sehr bedauerlich. Kostenneutral ist es ja nicht. Es ist eine weitere Ausgabe. Gleichzeitig ist aber nicht klar, was wir als Stadt Köln, unsere Sportvereine und die Menschen, die vereinsungebunden Sport treiben, dafür bekommen.

Wir haben auch schon ähnliche Erfahrungen gemacht. Denken Sie einmal an den Sportförderverein oder an andere Dinge, bei denen es hieß: Wir müssen abseits der amtlichen Sportmitverwaltung solche Vereine initiieren. - Das hat sich bisher nicht bewährt.

Aufgrund der jetzigen Haushaltslage ist ein weiteres Experiment nicht angebracht. So etwas kommt auf der einen Seite dem Kölner Sport nicht zugute und belastet auf der anderen Seite unseren Haushalt. Das ist sehr schade. Ich bitte Sie alle, dem nicht zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir kommen dann zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir stimmen ab über die Vorlage wie Sportausschuss und Finanzausschuss.

Wer gegen diese Vereinsgründung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist sie so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im Bereich der Tollerstraße 3058/2011

Dazu möchte Ihnen Herr Streitberger eine Erklärung oder Information geben.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann hat gestern im Finanzausschuss die Frage gestellt, was eine Neuerrichtung der Brücke kosten würde und welche jährlichen Kosten sie verursachen würde. Dazu habe ich Daten zu zwei Alternativen.

Ein einfacher Neubau der Brücke würde circa 1 Million Euro kosten. Ein aufwendigerer Neubau, der auch die heutige Breite wiederherstellen würde, beliefe sich auf ungefähr 1,95 Millionen Euro. Dabei wird jeweils eine Nutzungsdauer von 70 Jahren unterstellt, sodass wir die Abschreibungen für die 1 Million Euro teure Brücke mit 14 286 Euro im Jahr und für die teurere Brücke mit 27 857 Euro im Jahr kalkulieren müssten. Die jährlichen Unterhaltungskosten betragen bei der einfachen Brücke 11 000 Euro im Jahr und bei der etwas aufwendigeren Brücke 21 450 Euro im Jahr. Das würde sich bei der einfachen Brücke auf 25 286 Euro im Jahr und bei der größeren Brücke auf 49 307 Euro im Jahr summieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wenn Sie sich jetzt fragen, ob es nicht ein bisschen kleinlich ist, dieses Thema hier im Rat noch einmal anzusprechen, will ich das tun. Es geht nämlich um eine Fußgängerbrücke, die für die Bewohner des Görlinger Zentrums die einzige Möglichkeit ist, fußläufig den Militärring zu überqueren. Dort wohnen viele ältere Menschen. Davon sind auch Schulkinder

betroffen, und zwar nicht nur aus dem Stadtteil, weil dort eine Gesamtschule ist. Die Bezirkssportanlage ist ebenfalls nur über diese Fußgängerbrücke zu erreichen. Wie soll das denn im praktischen Alltag ablaufen? Dieses Wohngebiet hat eine Insellage.

Hier ist eben viel von ökologischem Verkehr gesprochen worden. Sie reden davon, dass es immer mehr Elektrofahrräder geben soll. Wie sollen die Leute, die sich so etwas anschaffen, denn dann aus ihrem Wohnquartier herauskommen?

Als diese Siedlung errichtet wurde, war diese Fußgängerbrücke von Anfang an Teil eines Verkehrskonzeptes. Nun mussten Sie ja weiterbauen mit Burauen. Daher hat man diese Sache dahin gebaut.

Nur weil Sie an den Unterhaltungskosten gespart haben und diese Brücke schon verrottet ist, reißen Sie sie jetzt einfach nieder und sagen, es sei zu teuer, sie neu zu errichten. Warum muss die Brücke denn neu errichtet werden? Weil immer an den Unterhaltungskosten gespart wird.

Gerade sind die entsprechenden Summen genannt worden. Für den Einzelnen ist das in der Tat viel Geld. Als eine Millionenstadt wie Köln sollten wir uns aber doch überlegen, ob wir nicht diese Brücke wieder errichten. Schließlich war es auch der Fehler der Stadt Köln, dass man bei der Bauunterhaltung so sehr gespart hat.

Damit würden wir den Bewohnern des Görlinger Zentrums wirklich einen großen Gefallen tun. Wenn wir die Brücke jetzt einfach abreißen, werden die Leute natürlich denken: Die Stadt Köln will immer so schöne große Dinge tun; große Events sollen veranstaltet werden; dafür soll viel Geld in die Hand genommen werden. Aber zur Unterhaltung einer solchen Brücke ist die Stadt Köln nicht in der Lage.

Ich halte das für ein Armutszeugnis und bitte Sie, dagegen zu stimmen. Zur nächsten Ratssitzung sollten wir eine Vorlage bekommen, in der uns eine Alternative dargestellt wird. Man sollte wirklich noch einmal nachdenken. Vielleicht gibt es ja eine günstigere Möglichkeit, sicherzustellen, dass die Bürger den Militärring fußläufig überschreiten können. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Weil ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen

wir jetzt zur Abstimmung. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 4. Frauenförderplan 2011 - 2013 5259/2011

Dazu bitte ich Frau Kronenberg ans Mikrofon.

Gleichstellungsbeauftragte Christine

Kronenberg: Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mal ganz ehrlich: Haben Sie nicht die Augen verdreht, als Sie diese Vorlage zur Frauenförderung gesehen haben? Haben Sie sich nicht gefragt, ob wir nach 30 Jahren Frauenamt immer noch Frauenförderung brauchen? Haben Sie nicht gedacht, dass diese Aufgabe mittlerweile erledigt sein müsste, so wie die Ausgleichszahlungen für Kriegsschäden? Haben Sie sich nicht gefragt, ob wir nicht wahnsinnig viel Geld sparen könnten oder ob wir nichts Wichtigeres zu tun haben? Vielleicht haben Sie aber auch gedacht: Arbeitet die Gleichstellungsbeauftragte so schlecht, oder warum haben wir immer noch nicht halbe-halbe in den Chefetagen? - Um ganz ehrlich zu sein: Ich kann das ein bisschen verstehen.

Dennoch sollten Sie bestimmte Dinge wissen. In dieser Stadtverwaltung arbeiten 11 000 Frauen. 11 000 Frauen bedeuten einen Anteil von 63 Prozent. Das Zauberwort heißt aber Fair Share oder, auf Deutsch ausgedrückt, gerechte Verteilung; denn die Verteilung von Frauen und Männern auf den Einkommensebenen ist alles andere als fair. Stellen Sie sich das Ganze einmal in einer Pyramide vor. In den unteren drei Einkommensgruppen sind fast 100 Prozent Frauen. Je höher Sie schauen, finden Sie nur noch 20, allenfalls 25 Prozent Frauen. Aber auch bei der Verteilung der Familienpflichten und erst recht bei der Alterssicherung geht es unfair und nicht gerecht zu.

Das wollen wir mit dem 4. Frauenförderplan ändern. Dabei sind mir drei Dinge wichtig.

Erstens. Natürlich brauchen wir noch mehr Frauen in höheren Funktionen. Wir haben immerhin 33 Prozent, wollen aber 43 Prozent.

Zweitens. Wir wollen, dass das Gehalt städtischer Mitarbeiterinnen existenzsichernd ist. Es darf in dieser Stadtverwaltung auch keinen

Gehaltsunterschied geben. Derzeit beträgt er beim Vergleich der Bruttostundenlöhne 2 Euro. Frauen verdienen bei der Stadt Köln also 10 Prozent weniger, wie man beim Vergleich der Bruttostundenlöhne feststellt - und dabei spielt die Frage von Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung keine Rolle. Sie spielt erst dann eine Rolle, wenn wir uns die Nettogehälter ansehen. Dort muss man auch konstatieren, dass Frauen bei der Stadt Köln mit 10 000 Euro im Jahr weniger nach Hause gehen als Männer.

Drittens. Wir brauchen Quoten für Männer. Ihr Anteil an Teilzeitbeschäftigung und ihr Anteil an vollzeitnaher Beschäftigung müssen deutlich erhöht werden. Denn nur so fördern wir die aktive Vaterschaft; nur so fördern wir sogenannte partnerschaftliche Lebensmodelle, die nachweislich langlebiger sind; nur so sichern wir die Existenz von Frauen und deren berufliche Entwicklung; und nur so reduzieren wir auch die Krankenquote in unserem Unternehmen.

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen von Ihnen, also aus der Politik, und von uns. Das beginnt bei der Beschäftigtenumfrage und geht mit einem Mentoring weiter. Sie als Politiker wollen, dass die Stellenbewertungen analysiert werden. Sie wollen regelmäßig informiert werden. Wir wollen aber auch diesen Verdienstunterschied analysieren. Außerdem wollen wir ein Personalmarketing, damit gute Frauen zur Stadt kommen und damit gute Frauen bei der Stadt bleiben - und natürlich auch Männer. Denn es gibt den alten Spruch: Wenn den Zeiten der leeren Kassen nicht die Zeiten des schlechten Personals folgen sollen, dann müssen wir in Gleichstellung und Frauenförderung investieren.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie, diesen Frauenförderplan zu beschließen.

Und wenn Sie jetzt immer noch die Augen verdrehen, dann tun Sie das vielleicht nach links und nach rechts, um festzustellen, dass auch der Rat letztlich halbe-halbe besetzt werden muss. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön für diesen Appell, Frau Kronenberg.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den 4. Frauenförderplan. Wir stimmen ab wie AVR, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Die Fraktion pro Köln enthält sich. Dann ist der 4. Frauenförderplan ansonsten einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Realisierung des Koordinationszentrums der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln, Aachener Str. 90-98; Bedarfsfeststellung sowie Mittelfreigabe für die Ersteinrichtung 4999/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Vorlage hätte eigentlich schon in der heutigen Aktuellen Stunde zum Haushalt behandelt werden können; denn wir sprechen hier über die Mehrkosten bei der Möblierung des Koordinationszentrums der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtungen der Stadt Köln.

An dieser Stelle bitten wir Sie, dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes dahin gehend zu folgen, dass die 140 Besucherstühle, die im Stuhllager aufbewahrt werden sollen und folglich nur zeitlich begrenzt zum Einsatz kommen, in der vorgeschlagenen preisgünstigeren Variante angeschafft werden. Diese Einsparung hat keinen Einfluss auf die Qualität der Arbeit des Hauses und erfüllt die orthopädischen Anforderungen an eine Bestuhlung der vorgegebenen Verwendung. Und nur ästhetischen Ansprüchen folgend Mehrkosten von 16 000 Euro zu produzieren, lehnen wir mit Hinweis auf den notleidenden Haushalt der Stadt Köln ab.

Meine Damen und Herren, wer nicht fähig ist, im Kleinen zu sparen, dem gelingt auch nicht der große Wurf.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Wir stellen den Antrag, die Vorlage dahin gehend zu ergänzen, dass der Vorschlag des RPA in die Vorlage aufgenommen wird. Es geht nicht mehr - auch zwei Tage vor Weiberfastnacht nicht -, bei den Normen der Ausstattung städtischer

Bauvorhaben permanent den Prinzen Karneval zu spielen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind ja in einem Punkt dem RPA gefolgt. In diesem Punkt - das haben wir auch auf Seite 3 oben ausgeführt - sind wir allerdings der Auffassung, dass sich diese Investition lohnt, auch wenn die Kosten - die von Ihnen genannte Zahl ist völlig korrekt - etwas höher sind. Wir wollen die Gesamtimmobilie nämlich mit einheitlichen Stühlen ausstatten,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber kein Grund!)

um dann auch innerhalb des Hauses tauschen zu können, anstatt eine eigene Rubrik für Besucherstühle zu bilden, die dann innerhalb des Hauses nicht mehr anders verwendet werden können. Deshalb meinen wir, dass dieses zwar etwas teurer, aber unter dem Strich wirtschaftlicher ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen.

Herr Strahl, ich habe es so verstanden, dass Sie gerade einen Änderungsantrag der CDU formuliert haben. Darüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Henk van Benthem [CDU]: So viel zum Sparen in dieser Stadt! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU,

die Fraktion pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist der Beschlussvorschlag so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Gründung der Akademie der Künste der Welt gGmbH
0200/2012
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der
SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
AN/0210/2012**

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst Herr Klipper, bitte, und danach Herr Görzel.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, bei dem gesamten Aufwand für den Zeitraum bis 2015, der hier voraussichtlich auf den städtischen Haushalt kommt, und der Bedeutung dieses Betrages möchten wir Sie bitten, dies in die Haushaltsberatungen zu verweisen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Verweisung in die Haushaltsberatungen; ja. - Dann Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Wir schließen uns dem voll und ganz an.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dazu gibt es auch einen Änderungsantrag.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Den verweisen wir direkt mit!)

- Er soll mit verwiesen werden; okay.

Wir stimmen jetzt ab. Wer für den Antrag auf Verweisung in die Haushaltsberatungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln, die Fraktion Die Linke und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag auf Verweisung abgelehnt.

Dann kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom heutigen Tage. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und Grüne und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Die

Fraktion Die Linke enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur endgültigen Abstimmung über den Beschlussvorschlag unter Tagesordnungspunkt 10.17. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Die Fraktion pro Köln enthält sich. Damit ist der Beschlussvorschlag so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler
Weiterplanungsbeschluss
3038/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Damit ist sie angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 „Rheincharta Version 1.0“
4641/2011**

Dazu sehe ich auch keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss 2008
0366/2012**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
0370/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es so angenommen.

Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7538/04
Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Urbach in Köln-Porz-Urbach
4642/2011**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 62460/02
Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg in Köln-Vogelsang
2751/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. - Herzlichen Dank. Das ist sehr schön.

Wir kommen zu:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 MÜLHEIM 2020
hier: Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds und dessen Stellvertretung für den Veedelsbeirat
0367/2012**

Abstimmung wie BV 9, Anlage 2. Gewählt werden sollen Herr Franz Legewie und seine Stellvertreterin Frau Regina Bieger.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Berufung einer Vertreterin/eines Vertreters der Bezirksschüler/innenvertretung Köln als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft als sachkundige/r Einwohner/in
5178/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates
0386/2012**

Hier geht es um die Seniorenvertretung der Stadt Köln.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist niemand. Wer enthält sich? - Keiner. Damit ist der Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Sachkundigen Einwohnerin im Wirtschaftsausschuss
AN/0175/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wir stimmen ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
AN/0176/2012**

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So geschehen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Anregungen und Beschwerden
AN/0179/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Entsendung in die Lenkungsgruppe „Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“
AN/0182/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl Sachkundiger Einwohner in
Ausschüsse des Rates
AN/0180/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Sachkundigen
Einwohners im Schulausschuss
AN/0185/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von
Fachausschüssen und Gremien
AN/0181/2012
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der
SPD-Fraktion
AN/0209/2012**

Abstimmung entsprechend dem Änderungsantrag.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Dann kommen wir zu:

**18 Genehmigung von
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß
§ 60 Abs. 1 Satz 3 der
Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Hier geht es um die Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen, die am 9. Januar 2012 im Hauptausschuss behandelt worden sind.

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Aufweitung der
Eisenbahnüberführungsbauwerke
Luxemburger Straße und Zülpicher
Straße
5139/2011**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der FDP ist dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Verkehrsverbund Rhein-Sieg:
Einführung eines verbundweiten
SozialTickets
5153/2011/1**

Wortmeldungen gibt es nicht. Dann frage ich: Wer ist gegen diese Genehmigung? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Ludwig ist dies damit genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

**18.3 Erhöhung des Hebesatzes für die
Grundsteuer B
5268/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Sache möchte ich mich an dieser Stelle nicht äußern. Dass wir gegen die Schneesteuer waren und sind und auch sein werden, ist hinlänglich bekannt.

Wir möchten an dieser Stelle jedoch mit Vehemenz zum Ausdruck bringen, dass uns die Verfahrensweise, dieses Thema hier im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung durchzupfeitschen, massiv gestört hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Damit hat man die Grenzen des Vertretbaren überstrapaziert. Es kann nicht sein, dass am 20. Dezember 2011 hier eine Koalition gekittet werden sollte, die uns in den Abgrund hätte reißen können, und nur wenige Tage danach eine Dringlichkeitsentscheidung zum gleichen Thema getroffen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das können wir so nicht durchgehen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Wer für die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Keine

Enthaltungen. Damit ist die Vorlage angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.4:

**18.4 Verlängerung der Wertgrenzenregelung
KP II für 2012
5208/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und Enthaltungen der Fraktion pro Köln so angenommen.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 19:27 Uhr)